

Bachelor Arbeit zur Erreichung des Fachhochschuldiploms
,Bachelor of Arts in Sozialer Arbeit HES-SO'

HES-SO Valais - Wallis - Hochschule für Soziale Arbeit

Die interprofessionelle Zusammenarbeit im Kinderschutz

**Eine Untersuchung aus der Perspektive des Amtes für Kinderschutz im
Oberwallis**

Erarbeitet von: Edona Nuha

Studienanfang: BAC 18 / Vertiefung Sozialarbeit

Begleitende Dozentin: Evelyne Thönnissen Chase

Visp, 23. Juli 2021

Danksagung

Ein besonderer Dank wird der Dozentin Thönnissen Chase Evelyne ausgesprochen, welche die Autorin mit ihrem Fachwissen sowie ihren Anregungen während des gesamten Prozesses unterstützt und begleitet hat.

Ebenfalls soll den Interviewpersonen des Amtes für Kinderschutz Oberwallis ein Dank ausgesprochen werden, welche sich für die empirische Untersuchung zur Verfügung gestellt haben.

Ein besonderer Dank geht an Zora Matter, welche der Autorin während des gesamten Prozesses mit Rat und Tat zur Seite stand und das Korrekturlesen der Bachelorarbeit übernahm. Ihre konstruktiven Rückmeldungen, Gedankenanstösse und Feedbacks waren in diesem Prozess sehr wertvoll.

Zuletzt bedankt sich die Autorin bei ihrer Familie und Freund*innen, welche sie während des gesamten Prozesses stets motiviert und unterstützt haben.

Geschlechtergerechte Sprache

In der vorliegenden Bachelorarbeit wird eine geschlechterneutrale Form verwendet. Falls nicht möglich, wird die weibliche sowie männliche Form angewendet.

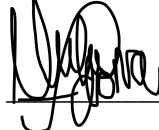
Eidesstattliche Erklärung

«Hiermit versichere ich, dass der Text der Bachelorarbeit minimal 80'000 und maximal 100'000 Zeichen umfasst (ohne Inhaltsverzeichnis, Anhang, Literaturliste, Kopf- und Fusszeilen, Fussnoten und Leerschläge)».

«Hiermit versichere ich, dass ich die Bachelorarbeit selbständig verfasst und keine andern als die angegebenen Quellen benutzt haben. Alle Ausführungen, die andern Texten wörtlich oder sinngemäss entnommen wurden, sind kenntlich gemacht. Die Arbeit war noch nie in gleicher oder ähnlicher Fassung Bestandteil einer Studien- oder Prüfungsleistung. Die Bachelor Thesis respektiert den Ethik-Kodex für die Forschung».

Visp, 23. Juli 2021

Edona Nuha



Abstract

Die vorliegende Bachelorarbeit befasst sich mit den Möglichkeiten und Grenzen der interprofessionellen Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich. Der Fokus liegt auf folgender Fragestellung: Wie schätzen Beistandspersonen des Amtes für Kindesschutz im Oberwallis die Möglichkeiten und Grenzen der interprofessionellen Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich ein?

Um folgende Forschungsfrage zu beantworten, wird in einem ersten Teil der Kinderschutz in der Schweiz aufgezeigt, auf die Beistandschaft eingegangen und die Soziale Arbeit als Profession aufgegriffen. Im theoretischen Rahmen werden zentrale Begriffe dargelegt und es wird auf das professionelle Handeln eingegangen. Zuletzt werden theoretische Konzepte zur interprofessionellen Zusammenarbeit aufgegriffen, anhand welcher in der empirischen Datenanalyse der Theorie-Praxis Bezug hergestellt werden kann.

Die Datenanalyse zeigt, dass die interprofessionelle Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich für die befragten Beistandspersonen allgemein hilfreich ist. Durch die Zusammenarbeit mit involvierten Fachpersonen ergeben sich für die Beistandspersonen verschiedene Perspektiven, von welchen sie im professionellen Handeln mit Klient*innen profitieren können. Fachpersonen profitieren von den Austauschgefässen, bei welchen der Informationsfluss zwischen allen involvierten Fachpersonen generiert wird. Neben dem Informationsfluss sehen die befragten Beistandspersonen eine frühe Koordination als einen von vielen Erfolgsfaktoren in der interprofessionellen Zusammenarbeit. Durch die frühe Koordination können den Klient*innen die bestmöglichen Unterstützungsmöglichkeiten angeboten werden. Neben den Erfolgsfaktoren begegnen die Beistandspersonen ebenso einigen Hindernissen in der interprofessionellen Zusammenarbeit. Hindernisse sehen sie in der Auftrags- oder Rollenklärung sowie in der Kontexteinbettung der involvierten Fachpersonen. Neben den Erfolgsfaktoren und Hindernissen sehen die befragten Beistandspersonen verschiedene Optimierungsmöglichkeiten in der interprofessionellen Zusammenarbeit im Oberwallis. Durch gemeinsame Weiterbildungen im Kindesschutzbereich oder die eigene Reflektion der jeweiligen Fachpersonen können sich diese weiterentwickeln, was sich auf die Zusammenarbeit mit involvierten Fachpersonen sowie auf das professionelle Handeln mit Klient*innen auswirkt. Aus diesen Optimierungsmöglichkeiten ergeben sich einige Handlungsempfehlungen für die interprofessionelle Zusammenarbeit im Oberwallis.

Schlüsselbegriffe

Kindesschutz. Beistandschaft. Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden.
Professionalität. Kooperation. interprofessionelle Zusammenarbeit.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5
1.1	Ausgangslage: Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich	5
1.2	Forschungsfrage und Ziele.....	6
1.3	Herangehensweise.....	6
1.4	Relevanz und Bezug zur Sozialen Arbeit	7
1.5	Persönliche Beweggründe	8
2	Forschungsgegenstand.....	9
2.1	Kindesschutz in der Schweiz.....	9
2.1.1	Jugendgesetz Kanton Wallis	11
2.2	Beistandschaften im Kindesschutz.....	11
2.2.1	Kindesschutzmassnahmen	12
2.2.2	Mandatsführung in der Beistandschaft.....	12
3	Theoretische Einbettung	14
3.1	Zentrale Begriffe	14
3.1.1	Kindeswohl und Grundbedarf des Kindes	14
3.1.2	Kindeswohlgefährdung.....	14
3.2	Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession	16
3.3	Professionalität	17
3.3.1	Professionelles Handeln nach der kooperativen Prozessgestaltung	18
3.3.2	Professionelles Handeln im Kindesschutz	19
3.4	Kooperation	20
3.4.1	Interprofessionelle Kooperation	21
3.4.2	Interprofessionelle Kooperation als professionelle Methode	26
3.5	Gelingende interprofessionelle Zusammenarbeit.....	27
3.6	Erfolgsfaktoren in der Zusammenarbeit	28
3.7	Hypothesen	28
4	Forschungsvorgehen.....	29
4.1	Qualitatives Leitfadeninterview: Ein Überblick	29
4.2	Untersuchungskorpus	30
4.2.1	Risiken und Grenzen der Untersuchung	30
4.3	Qualitative Inhaltsanalyse: Von der Auswertung bis zur Interpretation.....	31

5	Analyseergebnisse.....	32
5.1	Darstellung der ausgewählten Interviewpersonen	32
5.2	Darstellung der Untersuchungsergebnisse	32
5.2.1	Kindesschutz.....	32
5.2.2	Professionalität.....	34
5.2.3	Interprofessionelle Zusammenarbeit	35
6	Diskussion	39
6.1	Diskussion der ersten Hypothese.....	39
6.2	Diskussion der zweiten Hypothese	40
7	Schlussfolgerungen	42
7.1	Stellungnahme zur Forschungsfrage und den Zielen	42
7.2	Grenzen der Bachelorarbeit und weiterführende Fragestellungen	42
7.3	Berufsrelevante Schlussfolgerungen.....	43
7.4	Reflexion des persönlichen Lernprozesses	44
8	Literaturverzeichnis	45
9	Abbildungsverzeichnis	47
10	Anhang	48
10.1	Mandatsführung in der Beistandschaft.....	48
10.2	Forschungsfeld	51
10.2.1	Amt für Kindesschutz.....	51
10.2.2	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden	51
10.3	Interviewanfrage per Mail	53
10.4	Interviewleitfaden.....	54
10.5	Kodiertabelle.....	57

1 Einleitung

Während unseres gesamten Lebens sind wir auf Kooperation angewiesen. Für die Soziale Arbeit ist Kooperation eine der zentralsten und anforderungsreichsten Handlungs- und Haltungskompetenzen. Dies zeigen Ueli Merten und Urs Kaegi in ihrem Buch *Kooperation kompakt*, in welchem sie Voraussetzungen für gelingende Kooperation in der Sozialen Arbeit darlegen. Barbara Fäh (2015, 7) legt im Vorwort des Buches die zentralen Aufgaben der Profession Soziale Arbeit dar. Eine Aufgabe der Sozialen Arbeit ist es, auf individueller, kollektiver sowie gesellschaftlicher Ebene zu intervenieren. Dies, um die Handlungsfähigkeit von Menschen wiederherzustellen, damit sie ihre Bedürfnisse befriedigen und ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Um die vielfältigen Interventionsmethoden ausüben zu können, bedarf es Kompetenzen, über welche Professionelle der Sozialen Arbeit verfügen müssen. Kompetenzen von Sozialarbeiter*innen sind unter anderem die Analyse und Beurteilung von Situationen und Prozessen, das sozialpolitische Engagement, die Reflexion und Veränderung des eigenen beruflichen Handelns und schliesslich die Kooperation. Die professionelle Bearbeitung der sozialen Probleme befindet sich im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Dies zeigt die Wichtigkeit der Kooperation in der Sozialen Arbeit deutlich auf, wie Fäh (2015, 7) erwähnt. Neben der Kooperation mit Klient*innen und Klientensystemen ist die intra-, interprofessionelle und interorganisationale Kooperation mit den tätigen Berufsgruppen und Dienstleistungsorganisationen unabdingbar. Auch Merten (2015, 21f) zeigt auf, dass Kooperation in der Sozialen Arbeit aufgrund der Notwendigkeit einer ganzheitlichen Sicht auf die Situation der Klient*innen, der Zunahme und Komplexität der Fälle sowie der Querschnittsaufgaben, bedeutsam ist. Durch die gesetzlichen Anforderungen wird ein systemzusammenhängendes Denken, ein Überdenken der gewachsenen Strukturen sowie der organisationalen und institutionellen Rahmenbedingungen vorausgesetzt. Nicht zu vergessen die Kompetenz von Sozialarbeiter*innen, mit Fachpersonen anderer Professionen zu verhandeln und zu kooperieren. Schliesslich liegt die Hauptaufgabe der professionellen Kooperation in der Sozialen Arbeit darin, die Anschlussfähigkeit von Dienstleistungs- und Hilfsangeboten an den ausdifferenzierenden gesellschaftlichen Systemen herzustellen, wie Merten (2015, 21f) verdeutlicht. Dies, um eine gemeinsame und wirkungsvolle Bearbeitung der Probleme, Krisen und Entwicklungsaufgaben zu gewährleisten.

1.1 Ausgangslage: Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich

Die Wichtigkeit der interdisziplinären und interinstitutionellen Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich zeigt Gabriela Kaiser (2017, 21) in ihrem Artikel über Zusammenarbeit im Kinderschutz auf. Fachpersonen werden im Kindesschutzbereich mit komplexen Problemstellungen konfrontiert, befinden sich in einem Spannungsfeld zwischen Hilfe und Kontrolle und arbeiten im Hochrisikobereich, wie Kaiser (2017, 21) erwähnt. Dementsprechend fallen schwierige Entscheidungen an, welche nicht von einzelnen Fachpersonen getroffen werden dürfen. Daher bedarf es fachlicher Ressourcen von mehreren Berufsgruppen, um eine Kindeswohlgefährdung beurteilen sowie zum Schutz eines gefährdeten Kindes intervenieren zu können. Es gilt daher von Anfang an, im Kindesschutzbereich Zusammenarbeitspartner*innen zu bestimmen sowie die Verantwortlichkeiten der einzelnen Fachpersonen zu klären.

Es wird klar, dass Kooperation im professionellen Handeln von Sozialarbeiter*innen im Kindesschutzbereich vorausgesetzt wird. Auch im Oberwallis sind Beistandspersonen im Kindesschutzbereich auf Kooperation angewiesen. Doch wie verläuft die interprofessionelle Kooperation aus Sicht der Beistandspersonen vom Amt für Kindesschutz im Oberwallis? Welche Möglichkeiten und Grenzen sehen sie in der interprofessionellen Zusammenarbeit? Solchen und ähnlichen Fragen gilt es im Folgenden auf den Grund zu gehen.

1.2 Forschungsfrage und Ziele

Zur Kooperation in der Sozialen Arbeit geben Merten und Kaegi einen vertieften Einblick. Doch wie kooperieren Sozialarbeiter*innen in der Praxis und wie erleben Beistandspersonen des Amtes für Kindesschutz die interprofessionelle Zusammenarbeit im Oberwallis?

Mit Blick auf den Stand der Forschung und aus dem Forschungsinteresse kristallisiert sich folgende Fragestellung heraus: «Wie schätzen Beistandspersonen des Amtes für Kindesschutz im Oberwallis die Möglichkeiten und Grenzen der interprofessionellen Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich ein?». Dieser Forschungsfrage gilt es im Folgenden anhand einer Untersuchung beim Amt für Kindesschutz im Oberwallis nachzugehen.

Das Hauptziel der vorliegenden Bachelorarbeit liegt darin, die Möglichkeiten und Grenzen der interprofessionellen Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich zu erforschen. Aufgrund forschungsökonomischer Gründe wird die Untersuchung auf die Perspektive von drei Beistandspersonen vom Amt für Kindesschutz Oberwallis eingegrenzt. Auf der theoretischen Ebene ist das Ziel, einen Einblick in die gesetzlichen Grundlagen des Kindesschutzes und in die Mandatsführung der Beistandschaft zu gewinnen sowie zentrale Begriffe der Thematik einzugrenzen. Weiter ist eine Auseinandersetzung mit der Professionalität der Sozialen Arbeit sowie dazugehörigen theoretischen Grundlagen zur interprofessionellen Zusammenarbeit notwendig. Ein weiteres Ziel der Bachelorarbeit ist es, Methoden professionellen Handelns in der Sozialen Arbeit sowie im Kindesschutzbereich kennenzulernen. Schliesslich liegt das methodische Ziel darin, eine empirische Forschung anzuwenden. Dies geschieht, indem mittels einer qualitativen Erhebung Daten gewonnen, analysiert und anhand von Hypothesen diskutiert werden. Durch die Erarbeitung der vorliegenden Bachelorarbeit sollen Fachpersonen im Oberwallis die Wichtigkeit sowie die Möglichkeiten und Grenzen der interprofessionellen Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich aufgezeigt werden.

1.3 Herangehensweise

Der Forschungsfrage lässt sich durch Befragungen von drei Beistandspersonen des Amtes für Kindesschutz aus dem sozialarbeiterischen Blickwinkel auf den Grund gehen. Zunächst wird auf die Relevanz mit Bezug zur Sozialen Arbeit sowie auf die persönliche Motivation der Autorin eingegangen. Anschliessend steht der Forschungsgegenstand im Vordergrund. Damit einhergehend werden das System des Kindesschutzes in der Schweiz sowie gesetzliche Grundlagen aufgezeigt.

Eine Beschreibung der Mandatsführung in der Beistandschaft wird im Anhang ersichtlich. Im zweiten Teil dient die theoretische Einbettung einer Auseinandersetzung mit zentralen Begriffen sowie der Profession Soziale Arbeit mit den professionellen Handlungsmethoden. Zuletzt wird die Kooperation aufgegriffen und auf die gelingende interprofessionelle Zusammenarbeit eingegangen.

Nach der theoretischen Einbettung wird das empirische Vorgehen erläutert und die Datenerhebung sowie -analyse beschrieben. Der Fokus liegt auf Leitfadeninterviews, welche der späteren Inhaltsanalyse dienen. Bei der Datenanalyse werden die erhobenen Daten zusammengefasst und in einem weiteren Schritt zusammen mit den Hypothesen diskutiert und ein Theoriebezug hergestellt. Zuletzt werden Schlussfolgerungen dargestellt.

1.4 Relevanz und Bezug zur Sozialen Arbeit

Die Relevanz der interprofessionellen Zusammenarbeit in der Sozialen Arbeit und im Kindesschutzbereich zeigt sich deutlich durch die erwähnten Aspekte von Merten und Kaegi. Auch bei der Einsicht im Berufskodex der Sozialen Arbeit von AvenirSocial (2010, 13f) wird die Wichtigkeit der interprofessionellen Kooperation in den drei Handlungsprinzipien ersichtlich. Das erste Handlungsprinzip zeigt auf, wie wichtig die interdisziplinäre Kooperation von professionellen Sozialarbeiter*innen im Hinblick auf die Erarbeitung komplexer Problemstellungen und die damit verbundene transdisziplinäre Sicht ist. Weiter wird im zweiten Handlungsprinzip von AvenirSocial (2010, 13f) die Vertretung der Fachkompetenzen von professionellen Sozialarbeiter*innen als essenziell betrachtet, um diese in der interprofessionellen Kooperation zur Entwicklung von optimalen Lösungen zu erlangen. Im letzten Handlungsprinzip erwähnt AvenirSocial (2010, 13f) folgendes: «Die Professionellen der Sozialen Arbeit sind in der interprofessionellen Kooperation für wissenschaftsbasiertes methodisches Handeln besorgt, d.h. sie fordern die Einhaltung von Regeln zur Steuerung einer geordneten Abfolge von Handlungen und die Koordination und Kontrolle der Interventionen innerhalb und ausserhalb der Organisationen ein».

Aus den oben beschriebenen Handlungsprinzipien des Berufskodexes der Sozialen Arbeit wird die Relevanz der interprofessionellen Kooperation in der Sozialen Arbeit klar dargelegt: Professionelles Handeln in der Sozialen Arbeit ist ohne Kooperation nicht denkbar. Dennoch zeigt die Forschungslücke bezüglich interprofessioneller Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich im Oberwallis, auf welche zu einem späteren Zeitpunkt eingegangen wird, die Notwendigkeit der vorliegenden Bachelorarbeit auf. Dieser Forschungslücke soll mit der vorliegenden Bachelorarbeit entgegengewirkt werden. Das Vorhaben ist daher gewinnbringend, da es neue Erkenntnisse und eine Veranschaulichung der interprofessionellen Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich im Oberwallis verspricht.

1.5 Persönliche Beweggründe

Neben der Relevanz und dem Bezug zur Sozialen Arbeit ist die persönliche Motivation der Autorin ein ausschlaggebender Faktor für die Verfassung der vorliegenden Bachelorarbeit. Der Entscheid, eine Forschung im Kindesschutzbereich durchzuführen, war für die Autorin seit Beginn der Auseinandersetzung mit der Themenwahl der Bachelorarbeit klar: Die Kindesschutzthematik und Professionalität der Sozialen Arbeit sind fester Bestandteil des Studiums Soziale Arbeit. Bei der Themenwahl der Bachelorarbeit absolvierte die Autorin die erste Praxisausbildungsperiode auf dem Sozialdienst des Sozialmedizinischen Zentrums Oberwallis. Während der Praxisausbildungsperiode lernte die Autorin durch die interinstitutionelle Zusammenarbeit auf dem Sozialdienst verschiedene in der Sozialen Arbeit tätige Professionelle sowie Organisationen im Oberwallis kennen. Während der gesamten Praxisausbildungsperiode machte sich die Wichtigkeit der interprofessionellen Zusammenarbeit im Hinblick auf die Lösung komplexer Problemstellungen der Klient*innen bemerkbar. Durch das persönliche Interesse der Autorin, weitere Fachkompetenzen im Kindesschutzbereich zu erwerben sowie der Notwendigkeit, die interprofessionelle Zusammenarbeit im Oberwallis zu erforschen, entstand das Interesse eine empirische Untersuchung im Kindesschutzbereich durchzuführen.

2 Forschungsgegenstand

Dieses Kapitel dient dazu, einen Überblick über den Kinderschutz in der Schweiz sowie einen Einblick in die Mandatsführung der Beistandschaft verbunden mit den Kinderschutzmassnahmen zu gewinnen. Da sich die Forschung auf das Oberwallis beschränkt, erfolgt ein Bezug zum Jugendgesetz des Kantons Wallis.

2.1 Kinderschutz in der Schweiz

Rosch Daniel und Hauri Andrea zeigen im *Handbuch Kindes- und Erwachsenenschutz* rechtlich und methodisch relevante Aspekte des Kinderschutzes auf. Rosch und Hauri (2018, 438) erwähnen in diesem Zusammenhang die staatliche Schutzpflicht gegenüber Minderjährigen, welche in der Bundesverfassung im Art. 11 Abs. 1, in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen, der europäischen Menschenrechtskonvention sowie im UNO Pakt II. niedergeschrieben sind. In der Schweiz sind ebenso verschiedene Gesetzgebungen vom Bund und Kantonen vorhanden, welche die Schutzpflicht gegenüber Kindern aufzeigen, wie Rosch und Hauri (2018, 438) weiter beschreiben. Die Schutzpflicht meint, dass die Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und der Schutz sowie Milderung der Folgen infolge Gefährdungen in gesetzgeberischen und institutionalisierten Massnahmen vorhanden sein müssen.

Mit dem revidierten Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, welches am 01. Januar 2013 in Kraft trat, wurde gemäss Bundesrat (2017, 7) das alte Vormundschaftsrecht aus dem Jahr 1907 vollständig ersetzt. Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) als eine Fachbehörde nach Art. 440 Abs. 1 ZGB hat gemäss Bundesrat (2017, 35) eine Revision des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts vorausgesetzt. Damit geht ebenso die Professionalisierung der KESB einher. Neben neuen Zielen wurden seit dem neuen Recht auch Aufgaben in qualitativer sowie quantitativer Sicht, wie der Bundesrat (2017, 25) weiter vermerkt, erforderlich. In der Aufgabenerfüllung sind die neuen KESB verpflichtet, das Subsidiaritätsprinzip zu beachten. Ebenfalls ist die Verhältnismässigkeit durch die neue Anpassung der Massnahmen und die Rechtsstaatlichkeit durch korrekte Verfahren zu gewährleisten. Beim Verhältnismässigkeitsprinzip geht es darum, so wenig staatlichen Eingriff wie möglich und so viel staatliche Fürsorge wie nötig zu erlauben. Durch die definierten Ziele werden ebenso die Aufträge der Beistandspersonen klarer, da diese massgeschneidert formuliert werden müssen.

Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes wurde 1989 in der UN-Kinderrechtskonvention verabschiedet, wie UNICEF Schweiz (2021, online) schreibt. Das Übereinkommen verzeichnet insgesamt 54 Artikel, welche für alle Kinder eine Basis für gleiche Rechte schaffen. Dabei geht es um ihr Überleben, die Entwicklung und den Schutz. Durch das Übereinkommen wird die Anerkennung der Menschenrechte von Kindern gewährleistet. Im ersten Artikel der Kinderrechtskonvention wird das Kind als Mensch definiert, welches noch nicht das 18. Lebensjahr erreicht hat, sofern das innerstaatliche Recht eine frühere Volljährigkeit nicht vorsieht. UNICEF Schweiz (2021, online) verdeutlicht, dass seit der Verabschiedung der Konvention der Begriff der Kindheit einen geschützten Lebensabschnitt definiert und somit Kinder als eigenständige Individuen mit eigenen Rechten angesehen werden. Ebenso werden sie als Teil der Familie sowie der

Gemeinschaft gesehen, welche ihre eigene Meinung äussern können. Die Kinderrechtskonvention stützt sich auf vier Grundprinzipien, welche in den entsprechenden Artikeln der UNO-KRK festgehalten werden, wie UNICEF Schweiz (2021, online) aufzeigt. Das erste Grundprinzip nach Art. 2 UNO-KRK verdeutlicht, dass kein Kind aufgrund seines Geschlechts, seiner Herkunft, seiner Sprache, seiner Religion oder seiner Hautfarbe benachteiligt werden darf. Nach Art. 3 UNO-KRK soll bei jeder hinsichtlich des Kindes getroffenen Entscheidung das Kindeswohl vorrangig berücksichtigt werden. Zudem soll nach Art. 6 UNO-KRK das Kind in seiner Entwicklung gefördert werden und Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung haben. Das Recht auf Mitwirkung nach Art. 12 UNO-KRK schreibt vor, dass das Kind seine Meinung zu allen seine Person betreffenden Fragen oder Verfahren äussern kann. Zudem muss die Meinung des Kindes bei Entscheidungen mitberücksichtigt werden. Anknüpfend an die Grundprinzipien folgen Versorgungs-, Schutz-, und Partizipationsrechte, welche auf UNICEF Schweiz (2021, online) differenzierter beschrieben werden.

Kinderschutz Schweiz (2020, online) zeigt drei Bereiche des Kindesschutzes in den schweizerischen Gesetzgebungen auf: den strafrechtlichen, zivilrechtlichen und freiwilligen Kindesschutz. Die strafrechtlichen Verfolgungen von Strafdelikten, welche gegenüber Minderjährigen ausgeübt werden, werden im strafrechtlichen Kindesschutz behandelt, so Kinderschutz Schweiz (2020, online). Die dazugehörigen gesetzlichen Bestimmungen sind im Strafgesetzbuch, in der Strafprozessordnung und im Opferhilfegesetz geregelt. Der zivilrechtliche Kindesschutz beinhaltet gemäss Kinderschutz Schweiz (2020, online) die behördlichen Massnahmen, welche im schweizerischen Zivilgesetzbuch (ZGB) ab Art. 307 ff geregelt sind. Seit der Revision des Kindesschutzrechts sowie der seit dem 01. Januar 2013 interdisziplinären Zusammensetzung von den KESB, sind die Behörden für die Einleitung der Massnahmen zuständig. Die KESB können bei einer Gefährdungsmeldung massgeschneiderte Massnahmen anordnen, welche der Förderung und dem Schutz der Minderjährigen dienen. Die oberste Priorität der Kindesschutzmassnahmen ist die Sicherung oder Wiederherstellung des Schutzes von Kindern. Dabei stützen sich die Behörden auf das Subsidiaritätsprinzip, bei welchem Kindesschutzmassnahmen der KESB nur dann erlassen werden, wenn die Eltern nicht in der Lage sind, zu handeln. Neben dem Subsidiaritätsprinzip wird das Verhältnismässigkeitsprinzip begrüsst, wonach behördlichen Massnahmen der KESB verhältnismässig angeordnet werden müssen. Von Eltern, Kindern und Jugendlichen freiwillig in Anspruch genommene Massnahmen sowie der freiwillige Zugang zu verschiedenen Beratungseinrichtungen zählen zum freiwilligen Kindesschutz, wie Kinderschutz Schweiz (2020, online) verdeutlicht.

Das Kindesschutzverfahren in der Schweiz wird gemäss Kinderschutz Schweiz (2020, online) im ZGB geregelt. Hierzu ist am 01. Januar 2019 eine neue Melderegulung in Kraft getreten, welche das Meldeverfahren an die KESB bei Gefährdungen regelt. Dabei gilt zwischen der Meldepflicht und dem Melderecht zu unterscheiden. Die neue Regelung hat zum Ziel, dass die KESB so schnell wie möglich von Kindeswohlgefährdungen erfahren und den Kindern so rasch wie möglich Schutz bieten können. Meldepflichtig sind gemäss Art. 314d ZGB Personen, die amtliche Tätigkeiten ausführen oder beruflich regelmässigen Kontakt zu Kindern pflegen. Personen, die dem Berufsgeheimnis nach

Art. 321 im Strafgesetzbuch unterstehen, sind nicht meldepflichtig. Im Gegenzug besteht ein Melderecht, wenn die kantonalen Rechtsgrundlagen keine Meldepflicht vorsehen. Weiter erwähnt Kinderschutz Schweiz (2020, online), dass gemäss Art. 314c Abs.1 ZGB jede Person eine Meldung an die KESB erstatten kann, wenn ihnen die psychische, körperliche oder sexuelle Integrität des Kindes gefährdet erscheint. Eine Gefährdungsmeldung soll dann eingereicht werden, wenn das Kindeswohl gefährdet ist und die Eltern nicht von sich aus für Abhilfe sorgen können. Gemäss Kinderschutz Schweiz (2020, online) kann eine Gefährdungsmeldung telefonisch, schriftlich oder persönlich durch die meldende Person eingereicht werden. Die Einreichung, Behandlung und Entgegennahme der Gefährdungsmeldung erfolgen bei den jeweiligen KESB beim Wohnsitz des Kindes. In der Gefährdungsmeldung werden Tatsachen und relevante Beobachtungen, die das Kindeswohl oder die Entwicklung des Kindes als gefährdet erscheinen lassen, festgehalten. Mittels der Gefährdungsmeldung werden die zuständigen KESB über die mögliche Kindeswohlgefährdung informiert und können nach Beurteilung der Lage des Kindes im Familiensystem geeignete Massnahmen zum Schutz des Kindes nach Art. 307 Abs.1 ZGB einleiten.

2.1.1 Jugendgesetz Kanton Wallis

Stützend auf die Bundesverfassung, UNO-Übereinkommen und Bundesgesetze sowie Bundesverordnungen von Kindern und Jugendlichen wurde im Jahr 2000 das Jugendgesetz des Kanton Wallis veranlasst. Rechtliche Grundlagen der Kinder und Jugendlichen sind im Walliser Jugendgesetz 850.4 vom Mai 2000 niedergeschrieben, welches seit Juni 2001 in Kraft ist. Das Jugendgesetz ist in acht Bereiche unterteilt. Im siebten Kapitel werden unter den verschiedenen Bestimmungen die Meldepflicht und das Melderecht geregelt. Gemäss Art. 53 des kantonalen Jugendgesetzes, verfügt jede Person über das Recht, eine Meldung an die KESB zu machen, wenn eine Gefährdung eines Kindes vorliegt. Der Art. 54 Abs.1 des kantonalen Jugendgesetzes verpflichtet Personen, welche im beruflichen Kontext mit Kindern agieren, bei einer Kindeswohlgefährdung eine Meldung an die KESB zu machen oder ihre Vorgesetzten darüber zu informieren. Im Art. 55 wird auf das Informationsrecht aufmerksam gemacht. Dieser Artikel sagt aus, dass Personen, die mit Kindern zusammenarbeiten, bei einer Gefährdung notwendige Informationen an Behörden oder andere Dienste weiterleiten dürfen. Dies, wenn das Einverständnis der Inhaber*innen der elterlichen Sorge vorliegt. Gemäss Art. 55 Abs. 2 des kantonalen Jugendgesetzes, bedarf es keiner Einverständniserklärung, wenn das Kindeswohl schwer bedroht ist.

2.2 Beistandschaften im Kinderschutz

Da sich die vorliegende Bachelorarbeit mit der Perspektive der Beistandspersonen im Kinderschutzbereich auseinandersetzt, ist im Folgenden ein Blick in die Kinderschutzmassnahmen und der Mandatsführung in der Beistandschaft erforderlich.

2.2.1 Kindesschutzmassnahmen

Aus den erteilten Massnahmen von den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden ergeben sich für die Beistandspersonen unterschiedliche Aufgaben. Um auf die Mandatsführung in der Beistandschaft einzugehen, ist vorerst ein Blick in die im ZGB geregelten Kindesschutzmassnahmen erforderlich. Diese sind im Familienrecht in den Artikeln 307 bis 310 geregelt.

«Art. 308 ZGB Abs. 1

Erfordern es die Verhältnisse, so ernennt die Kindes-
schutzbehörde dem Kind einen Beistand, der die Eltern in
ihrer Sorge um das Kind mit Rat und Tat unterstützt.

Art. 308 ZGB Abs. 2

Sie kann dem Beistand besondere Befugnisse übertra-
gen, namentlich die Vertretung des Kindes bei der Fest-
stellung der Vaterschaft, bei der Wahrung seines Unter-
haltsanspruches und anderer Rechte und die Überwa-
chung des persönlichen Verkehrs.

Art. 308 ZGB Abs. 3

Die elterliche Sorge kann entsprechend beschränkt wer-
den.»

Rosch und Hauri (2018, 459) verdeutlichen in diesem Zusammenhang, dass die Erziehungsbeistandschaft als zivilrechtliche Kindesschutzmassnahme am häufigsten zum Einsatz kommt und in drei Absätzen ausgeführt wird. Je nach Schweregrad einer Kindeswohlgefährdung kann eine Erziehungsbeistandschaft errichtet werden. Dadurch ergeben sich verschiedene Aufgaben für die Beistandspersonen. Beispielsweise nehmen sie eine Beratungsfunktion ein, üben Vertretungsrechte aus oder können gemäss Art. 308 Abs. 3 ZGB die elterliche Sorge entsprechend einschränken. Eine Erziehungsbeistandschaft kann je nach Situation miteinander kombiniert werden, wobei Art. 308 Abs. 1 ZGB die schwächste Form ist und diese stufenweise erheblicher wird. Rosch und Hauri (2018, 460) erwähnen ebenfalls, dass den Beistandspersonen gemäss Art. 308 Abs. 2 ZGB besondere Befugnisse erteilt werden können. Beispielsweise können sie in Vertretung des Kindes handeln, ohne dass die elterliche Sorge dadurch eingeschränkt wird. Dies setzt jedoch eine Kooperation seitens der Eltern voraus. Das Kind wird laut Urs Vogel (2018, 489f) von der Beistandsperson selbst vertreten, was die Beistandspersonen als gesetzliche Vertretungen meint. Bei den Aufgaben der Beistandspersonen geht es in erster Linie darum, sich an das Kindeswohl und Kindesinteresse zu orientieren. Dabei ist die grosse Verantwortung, welche Beistandspersonen zu tragen haben nicht zu vergessen, wie Vogel (2018, 489f) erwähnt.

2.2.2 Mandatsführung in der Beistandschaft

Durch die im ZGB geregelten Kindesschutzmassnahmen werden die Aufgaben von Beistandspersonen deutlich. Um im Kindes- und Erwachsenenschutz professionell Mandate führen zu können, bedarf es einer Betrachtung des Zusammenhanges mit behördlichen Tätigkeiten, wie Rosch Daniel (2019, 3) erwähnt. Die behördlichen Tätigkeiten stützen sich auf Abklärungen und Entscheidungsanordnungen. Das Ziel der

Mandatsführung im Kinderschutz ist es, Minderjährige mit Kindeswohlgefährdungen zu unterstützen sowie das Familiensystem, ihre Autonomie und selbständige Übernahme der Verantwortung im Alltag zu bestärken, so Rosch (2019, 3). Es handelt sich um sozialarbeiterisches Handeln zum Schutz der betroffenen Personen. Das Handeln bezieht sich auf Kontrolle, Erziehung, Schutz und Selbstbestimmung. Dabei werden Wünsche, Lebensvorstellungen und der Wille der betroffenen Personen und Familien berücksichtigt, wie Rosch (2019, 3) weiter erwähnt. Der Auftrag wird durch ein rechtliches Verfahren der KESB erteilt. Die Beistandspersonen verpflichten sich in erster Linie dafür, die Selbstbestimmungs- sowie Schutzfunktion der Person intakt zu halten. Die Handlungen der Beistandspersonen definieren sich durch beratendes, begleitendes, vertretendes, mitwirkendes oder auf längere Zeit angelegtes Handeln. Sozialarbeiterische sowie methodische Aspekte stehen dabei im Mittelpunkt. Die Beistandspersonen handeln prozessbegleitend sowie koordinierend und achten auf das Verhältnismässigkeitsprinzip. Ausserdem basieren alle Handlungen auf gesetzliche Grundlagen, welche in jedem Fall konkretisiert werden. Die Mandatsführung wird von Rosch (2019, 5) als Kontinuum bezeichnet, welches durch die Mandatsauswertung oder das Mandatsende unterbrochen werden kann. Rosch (2019, 6) zeigt vier Phasen der Mandatsführung auf, welche im Anhang (Kapitel 10.1) ausführlich dargestellt werden.

3 Theoretische Einbettung

Neben dem Forschungsgegenstand und einer Einführung in das System des Kinderschutzes in der Schweiz werden nachfolgend zentrale Begriffe der Thematik sowie relevante Konzepte zur Professionalität und interprofessionellen Kooperation erläutert.

3.1 Zentrale Begriffe

Begriffe wie Kindeswohl und Kindeswohlgefährdung sind in der Auseinandersetzung mit der Kindesschutzthematik unumgänglich. Um eine Einheitlichkeit der Begriffe herzustellen, bedarf es einer Definition der Begrifflichkeiten aus sozialarbeiterischer Sicht. Dabei werden beim Kindeswohl die Grundbedürfnisse des Kindes aufgezeigt und bei der Kindeswohlgefährdung Formen von Gefährdungen unterschieden. In diesem Zusammenhang werden ebenfalls Schutz- und Risikofaktoren des Kindes aufgegriffen. Hauri Andrea und Zingaro Marco legen für Fachpersonen aus dem Sozialbereich Definitionen der Begrifflichkeiten dar. Hauri und Zingaro (2020, 11) machen darauf aufmerksam, dass es sich bei diesen Begriffen um unbestimmte Rechtsbegriffe handelt, welche im Einzelfall ausgelegt werden müssen.

3.1.1 Kindeswohl und Grundbedarf des Kindes

Mit dem Kindesschutz geht das Kindeswohl einher. Für Hauri und Zingaro (2020, 11) ist das Kindeswohl gesichert, wenn zwischen den Rechten, den subjektiven Bedürfnissen und den tatsächlichen Lebensbedingungen des Kindes ein günstiges Verhältnis besteht. Eng mit dem Kindeswohl verbunden lässt sich auch der Grundbedarf des Kindes definieren. Dieser meint die altersentsprechenden Bedürfnisse des Kindes, um sich dem Potenzial entsprechend entwickeln zu können. Die Gewährung der altersentsprechenden Bedürfnisse der Kinder ist für das Kindeswohl essenziell, wie Hauri und Zingaro (2020, 11) verdeutlichen. Über alle Altersgruppen hinweg zählen gemäss Hauri und Zingaro (2020, 11) beständige und liebevolle Beziehungen, körperliche Unversehrtheit, Sicherheit und Regulation, individuelle und entwicklungsgerechte Erfahrungen, Grenzen und Strukturen, unterstützende und stabile Gemeinschaften, und kulturelle Kontinuität sowie Zukunftsaussichten zum Grundbedarf des Kindes.

3.1.2 Kindeswohlgefährdung

Ob das Kindeswohl erheblich gefährdet ist oder eine ernste Möglichkeit der Beeinträchtigung besteht, kann gemäss Hauri und Zingaro (2020, 12) durch eine Gesamteinschätzung der Situation beantwortet werden. Hauri und Zingaro (2020, 12) unterscheiden fünf Formen von Kindeswohlgefährdungen: Vernachlässigung, körperliche Gewalt, psychische Gewalt, Gefährdung als Folge von Erwachsenenkonflikten um das Kind als spezifische Form von psychischer Gewalt und zuletzt sexuelle Gewalt.

Eine erste Form der Kindeswohlgefährdung ist gemäss Hauri und Zingaro (2020, 13) Vernachlässigung, welche sich in allgemeine sowie emotionale Vernachlässigung unterscheiden lässt. So wird eine andauernde oder wiederholte Beeinträchtigung der Entwicklung des Kindes aufgrund von unzureichenden Faktoren wie Pflege, Ernährung,

Kleidung, Aufsicht, Schutz vor Unfällen, fehlender emotionalen Zuwendung und ungenügender Anregung des Kindes zur sozialen, motorischen oder sprachlichen Entwicklung als allgemeine Vernachlässigung beschrieben. Bei nicht hinreichenden oder ständig wechselnden Beziehungsangeboten der Eltern oder Betreuungspersonen liegt Hauri und Zingaro (2020, 13) zufolge, eine emotionale Vernachlässigung bei Kindern vor. Die körperliche Gewalt stellt laut Hauri und Zingaro (2020, 13f) eine weitere Form der Kindeswohlgefährdungen dar. Eine weitere Form der Kindeswohlgefährdung ist die psychische Gewalt, was eine Beeinträchtigung der Entwicklung von Kindern aufgrund von Ablehnung, Terrorisierung, Isolierung und Verängstigung meint, so Hauri und Zingaro (2020, 14). Diese Faktoren behindern Kinder sich zu entfalten und führen zu Zuständen wie Angst, Ohnmacht, Unsicherheit oder Abhängigkeit. Das Erdrücken des Kindes mit Fürsorge und das starke Behüten werden ebenfalls als Formen psychischer Gewalt bezeichnet. Ebenso wie die häusliche Gewalt oder Partnerschaftsgewalt, wie Hauri und Zingaro (2020, 14f) verdeutlichen. Durch die verbalen, psychischen oder körperlichen Auseinandersetzungen der Eltern geraten Kinder in einen Loyalitätskonflikt und fühlen sich somit der Gewalt gegenüber verantwortlich. Bei der Gefährdung als Folge von Erwachsenenkonflikten um das Kind handelt es sich um eine Subkategorie psychischer Gewalt. Hauri und Zingaro (2020, 15f) zeigen diese als eigenständige Gefährdungsform auf, da sie eine der Hauptursachen für die Verordnung von zivilrechtlichen Kindesschutzmassnahmen aufweist. Auf das Kind bezogene Konflikte, welche in Scheidungs- sowie Trennungsfamilien über eine längere Zeit dauern, sind unter einer solchen Gefährdung zu verstehen. Zuletzt wird sexuelle Gewalt als Form von Kindeswohlgefährdungen bezeichnet. Diese zeichnet sich durch sexuelle Belästigungen aus.

Neben Formen von Kindeswohlgefährdungen gilt es gemäss Hauri und Zingaro (2020, 18) in Gefährdungssituationen auf Risiko- und Schutzfaktoren zu achten. Eine Kindeswohlgefährdung liegt vor, wenn eine ernste Möglichkeit einer Beeinträchtigung besteht. Bei einer Kindeswohlverletzung wird der Fokus nicht nur auf die bereits eintretende Gefährdung gesetzt, es folgt ebenfalls eine Prognose so Hauri und Zingaro (2020, 18). Bevor eine Zukunftsdiagnose erstellt werden kann, müssen Risiken eingeschätzt werden. Unter Risikofaktoren werden gemäss Hauri und Zingaro (2020, 20f) Merkmale verstanden, welche höchst wahrscheinlich unter bestimmten Bedingungen mit negativen Ereignissen eintreten. Dennoch zeigen einige Kinder trotz widriger Lebensumstände eine altersgemässe Entwicklung auf. Dabei ist es laut Hauri und Zingaro (2020, 21f) wichtig, den Wert auf die Kenntnis der Faktoren zu legen, welche die widrigen Lebensumstände begünstigen. Die sogenannten Schutzfaktoren können einerseits bei der Gesamteinschätzung der Kindeswohlgefährdung berücksichtigt werden, andererseits können so Entwicklungsstörungen vermindert werden. Schliesslich kann gemäss Hauri und Zingaro (2020, 21f) gesagt werden, dass sich Risikofaktoren als Belastungen und Schutzfaktoren als Ressourcen für das Kind beweisen und sich gegenseitig kontinuierlich beeinflussen.

3.2 Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession

«Soziale Arbeit fördert als Profession und wissenschaftliche Disziplin gesellschaftliche Veränderungen und Entwicklungen, den sozialen Zusammenhalt und die Ermächtigung und Befreiung von Menschen. Dabei sind die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, der Menschenrechte, der gemeinschaftlichen Verantwortung und der Anerkennung der Verschiedenheit richtungweisend. Soziale Arbeit wirkt auf Sozialstrukturen und befähigt Menschen so, dass sie die Herausforderungen des Lebens angehen und Wohlbefinden erreichen können. Dabei stützt sie sich auf Theorien der eigenen Disziplin, der Human- und Sozialwissenschaften sowie auf das Erfahrungswissen des beruflichen Kontextes. Diese Definition kann auf nationaler und/oder regionaler Ebene weiter ausgeführt werden.»

So lautet die von Beat Schmocker (2014, online) übersetzte Definition der Sozialen Arbeit gemäss der international Federation of Social Workers. Auch auf nationaler Ebene bezieht sich der Berufskodex der Sozialen Arbeit Schweiz von AvenirSocial (2010, 8) auf die Definition. Neben der Definition sind im Berufskodex von AvenirSocial ebenso Grundsätze, Grundwerte und Handlungsprinzipien der Sozialen Arbeit dargelegt. Auch soll der Berufskodex dazu dienen, ethische Richtlinien für das moralisch berufliche Handeln in der Sozialen Arbeit aufzuzeigen.

Die Handlungsprinzipien der Sozialen Arbeit führt AvenirSocial (2010, 10) auf verschiedenen Ebenen auf. Beispielsweise wird die ethisch begründete Praxis erläutert, welche für die Soziale Arbeit als Profession wertvoll ist. Ebenso listet AvenirSocial (2010, 11) Handlungsmaximen bezüglich der eigenen Person auf. Diese zeigen auf, dass Professionelle der Sozialen Arbeit die Würde sowie den Wert der eigenen Person stets respektieren sollten. Im Gegenzug bedingt dies, dass dem Gegenüber ebenfalls mit Respekt gegenübergetreten werden muss. In diesen Handlungsmaximen wird auch verdeutlicht, dass die Professionellen der Sozialen Arbeit ihre Wissens- und Handlungskompetenzen weiterentwickeln und sich um die Entwicklung sowie Anerkennung des Berufsstandes bemühen sollen. Weiter werden Handlungsmaximen bezüglich der Arbeit mit Klient*innen sowie den Organisationen des Sozialwesens und der Gesellschaft aufgeführt, auf welche in diesem Zusammenhang nicht weiter eingegangen wird. In Zusammenhang mit der vorliegenden Bachelorarbeit sind mehr die Handlungsmaximen bezüglich der eigenen Profession wesentlich. AvenirSocial (2010, 13) führt fünf Handlungsmaximen auf, welche die eigene Profession näher aufgreifen. Eine wesentliche Handlungsmaxime ist folgende: «Die Professionellen der Sozialen Arbeit berufen sich in ihrer Analyse explizit auf das Wissen ihrer Profession. Sie stützen sich in ihren Handlungsentscheidungen auf deren ethische Grundlagen.» Es wird klar, dass das Wissen der eigenen Profession in Handlungsentscheidungen einen wichtigen Teil einnimmt. AvenirSocial (2010, 13) zeigt weitere Handlungsmaximen auf, welche die Wichtigkeit der professionellen Zusammenarbeit von Fachpersonen in der Sozialen Arbeit unterstreichen.

«Die Professionellen der Sozialen Arbeit führen untereinander einen kontinuierlichen fachlichen Diskurs, sie kontrollieren systematisch, kollegial und in Zusammenarbeit mit der Forschung ihre Facharbeit und setzen sich mit Fehlern kritisch auseinander.

Die Professionellen der Sozialen Arbeit machen sich gegenseitig auf Abweichungen oder Alternativen bezüglich eines korrekten methodischen Vorgehens aufmerksam und verlangen voneinander gegenseitig die Einhaltung ethischer, berufs-, bildungs-, und sozialpolitischer Forderungen ihrer Profession.

Die Professionellen der Sozialen Arbeit pflegen unter sich kollegiale Beziehungen, welche von Ehrlichkeit und Respekt geprägt sind.»

3.3 Professionalität

Bei der Suche nach einer Erklärung, was unter Professionalität in der Sozialen Arbeit verstanden wird, wird die Unschlüssigkeit einer einheitlichen Definition gemäss Becker-Lenz et al. (2013, 11) deutlich. Vertreter*innen aus der Schweiz und Deutschland zeigen sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten bezüglich des Verständnisses von Professionalität in der Sozialen Arbeit auf. In diesem Zusammenhang führt Staub-Bernasconi (2013, 26) Positionen auf, welche die Soziale Arbeit als Profession ablehnen oder bejahen. Dabei stützt sie sich auf Ernest Greenwood (1957), welcher auf fünf zentrale Eigenschaften einer Profession verweist (2013, 26):

«eine systematische Theoriebasis, Autorität bzw. Zuständigkeit für bestimmte Probleme, die von der Klientel und den Mitgliedern der Profession anerkannt wird und dem Wohl des Klienten dient, die Anerkennung dieser professionellen Autorität durch das Gemeinwesen/die Gesellschaft, ein Ethikcodex, der die Beziehungen zwischen Professionellen, den Adressaten und Kollegen regelt und eine professionelle Kultur, die durch institutionalisierte professionelle Assoziationen unterstützt wird.»

Werner Obrecht (2013, 63), beschreibt Professionen in einem weiteren Sinne und erwähnt, dass sich professionelle Handlungen durch planvolle und selbstbewusste Tätigkeiten auf ein explizites Ziel erklären lassen. Professionelle verfügen über professionelles Wissen und Können, welches sie beim Lösen von Problemen anwenden können. Als Professionelle definiert Obrecht (2013, 64) Personen, die über eine Ausbildung verfügen sowie anhand professioneller Methoden Probleme lösen und bearbeiten können. Professionen definiert Obrecht (2013, 64) als «soziale Systeme, die aus Professionellen einer besonderen Art gebildet werden und deren Ziel die Kontrolle der Qualität des professionellen Wissens und Könnens ihrer Mitglieder und die Durchsetzung mit diesem Wissen und Können verbundenen Zuständigkeitsansprüchen innerhalb der Gesellschaft ist.»

Auf die Aufgaben der Professionellen in der Sozialen Arbeit macht Merten (2015, 33) aufmerksam. Die bestehen darin, fallbezogen die eigene Zuständigkeit zu klären sowie mit Fachpersonen anderer Professionen zusammenzuarbeiten. Den Grund dafür sieht Merten (2015, 33) in der diffusen Allzuständigkeit der komplexen Problemlagen. In diesem Zusammenhang ist es für Professionelle der Sozialen Arbeit unabdingbar an interprofessionellen Kooperationsprozessen teilzunehmen.

3.3.1 Professionelles Handeln nach der kooperativen Prozessgestaltung

Eine Methode professionellen Handelns ist die kooperative Prozessgestaltung, welche Ursula Hochuli Freund und Walter Stotz aufzeigen. Für Hochuli und Stotz (2017, 37ff) stellt die kooperative Prozessgestaltung (KPG) ein Konzept dar, anhand welchem Prozesse in der Sozialen Arbeit analysiert, erfasst und diagnostiziert werden. Die Prozesse werden einerseits intra- und interprofessionell und andererseits zusammen mit Klient*innen im Hinblick auf definierte Ziele geplant, ausgewertet und umgesetzt. Das Modell besteht aus sieben Teilschritten und zwei Ebenen der Zusammenarbeit. Einerseits mit Klient*innen und andererseits mit Fachpersonen. Die Ebenen der Zusammenarbeit erstrecken sich über den gesamten Prozess. Weiter wird im KPG zwischen der analytischen Phase, welche die ersten drei Schritte umfasst, und der Handlungsphase, zu welcher alle anderen Schritte gehören, unterschieden. Die kooperative Prozessgestaltung soll Professionelle der Sozialen Arbeit dabei unterstützen, passende Interventionen für Klient*innen zu entwickeln. Das Modell dient ebenso «der Gestaltung der Kooperation mit Klient*innen entlang der Prozessschritte, für den gemeinsamen Denk- und Handlungsprozess; zur Gestaltung der Zusammenarbeit auf der Fachebene; zur Einordnung von Methoden und Instrumenten; zur Habitusbildung von Studierenden und Professionellen», so Hochuli und Stotz (2017, 180).

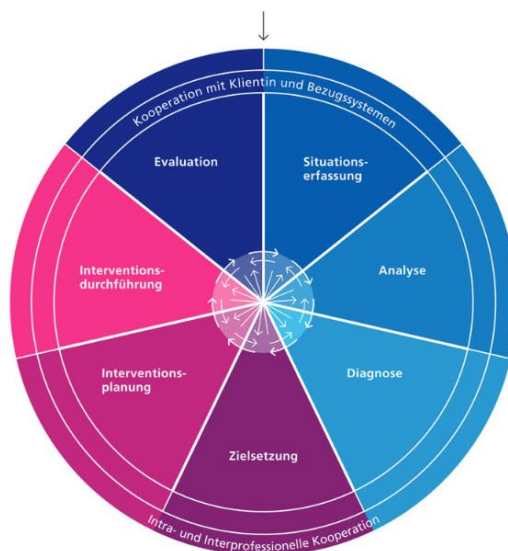


Abbildung 1: Prozessmodell Kooperative Prozessgestaltung nach Hochuli und Stotz 2017, 180

Das Prozessmodell umfasst nicht nur die Qualitätsanforderungen, welche professionelles Handeln in der Sozialen Arbeit vorschreiben, sondern zeichnet sich durch weitere Merkmale aus, wie Hochuli und Stotz (2017, 39ff) aufzeigen. Die besonderen Merkmale

sind die offene Rahmenstruktur mit praxistauglichen Standards für das Handeln, Ausdifferenzierung der analytischen Phase und neue Diagnose-Methode sowie der besondere Stellenwert der Kooperation.

Der erste Schritt des KPG umfasst gemäss Hochuli und Stotz (2017, 181) die umfangreiche Erfassung der Situation zusammen mit Klient*innen. Anhand von verschiedenen Bereichen, wie beispielsweise der Person, sozialen Beziehungen und weiteren werden Informationen gesammelt. Bei der Informationsaufnahme sollte sowohl auf die Vergangenheit als auch auf die Zukunft der Klient*innen in den erwähnten Bereichen Bezug genommen werden. In der Situationserfassung ist es ebenfalls notwendig, den Auftrag der Sozialen Arbeit zu klären und auf die Aufgaben involvierter Dienste hinzuweisen. Durch genaues Zuhören, Beobachten sowie offenen Fragenstellungen kann der erste Schritt des kooperativen Prozessmodells optimal genutzt werden. Im zweiten Schritt des KPG geht es nach Hochuli und Stotz (2017, 181ff) um die Analyse, welche eine Anordnung und Strukturierung der gesammelten Informationen umfassen. Das Ziel besteht darin, weitere Daten zu erheben und Einschätzungen von verschiedenen am Fall beteiligten Fachpersonen aufzunehmen. Die Ressourcenerschliessung und die Einschätzung der Situation durch weitere Fachpersonen sind wünschenswert. Bei der Diagnose wird gemäss Hochuli und Stotz (2017, 181ff) versucht, ein Verständnis für die Situation aufzubringen. Dazu werden theoretische sowie empirische Wissensbestände miteinbezogen und es wird nach Erklärungen gesucht. Zusammen mit Klient*innen werden Hypothesen gebildet und weitere Erkenntnisse besprochen sowie validiert. Ebenfalls werden Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Beim vierten Prozessschritt geht es laut Hochuli und Stotz (2017, 182ff) darum, anhand von Zielsetzungen den wünschenswerten Zustand zu formulieren. Es wird eine Zielfindung zusammen mit den Klient*innen angestrebt. Auf der Fachebene geht es auch darum, welche Ziele Fachpersonen im gegebenen Fall aufweisen und wie die Situation zukünftig aussehen wird, wenn die vorhandenen Probleme gelöst sind. Nach den Zielsetzungen ist es gemäss Hochuli und Stotz (2017, 182ff) wichtig, Vorgehensmöglichkeiten zu planen und festzulegen. Ressourcen, Anliegen, mögliche Vorgehensweisen, Folgen der Intervention sowie nächste Schritte sind in der Interventionsplanung ausschlaggebend. Schliesslich wird die Intervention durchgeführt, so Hochuli und Stotz (2017, 182ff). Die Interventionsdurchführung erfolgt durch diverse Abklärungen, Gespräche, Koordinationen, Dokumentationen sowie Unterstützungen. In der Evaluation werden abschliessend die Ergebnisse sowie der Prozess beurteilt und ausgewertet und Folgerungen abgeleitet, wie Hochuli und Stotz (2017, 182ff) weiter erwähnen. Ebenfalls wird zusammen mit Klient*innen der Gesamtprozess evaluiert und es werden Optimierungsprozesse erarbeitet.

3.3.2 Professionelles Handeln im Kinderschutz

Auch im Bereich des Kinderschutzes wird professionelles Handeln und die damit verbundene Reflexion des Arbeitsprozesses vorausgesetzt, wie Brunner (2020, 44) beschreibt. Im Kinderschutz stellt das professionelle Handeln ein in sich wiederkehrenden Kreis von vier Schritten dar: Erkennen, Verstehen, Intervention und Überprüfung. Beim Erkennen geht es darum, Beobachtungen von Fachpersonen zu erfassen, so Brunner (2020, 44). Verstehen meint, die Beobachtungen auseinanderzunehmen und darauf

einzugehen. Von einer Intervention wird gesprochen, wenn Fachpersonen auf die Beobachtungen eingehen und konkret mit den Kindern und Familien an Vorschlägen arbeiten. In einem weiteren Schritt findet die Überprüfung statt, in welcher die Wirkung des Eingriffs betrachtet wird. Darüber hinaus erarbeiten Fachpersonen weiterführende Schritte. Brunner (2020, 45) macht darauf aufmerksam, dass bei bewusstem Reflektieren des zirkulären Prozesses bereits früh Gewalt bei kleinen Kindern erkannt werden kann. So können Hypothesen erstellt und schliesslich in Zusammenarbeit mit weiteren Fachpersonen diskutiert und überprüft werden. Zu weiteren Schritten, welche gute Arbeit im Kindesschutzbereich bewirken können, gehört das planvolle Vorgehen. Auch bei Erteilung von Kindesschutzmassnahmen kann durch geplantes Vorgehen das Verständnis der Eltern und der Kinder sichergestellt und gesetzte Massnahmen nachvollzogen werden. Dies zeigt gemäss Brunner (2020, 47) die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit den Eltern sowie der Einbezug der Kinder im Kindesschutzbereich auf. Zusammenfassend kann gemäss Brunner (2020, 48) gesagt werden, dass professionelles Handeln die regelmässige Reflektion der eigenen Rolle als Fachperson voraussetzt. Fachpersonen im Kindesschutzbereich müssen sich über die Aufgaben, Grenzen und Möglichkeiten zur Unterstützung sowie zur Vernetzung bewusst sein.

3.4 Kooperation

Da der Fokus der vorliegenden Bachelorarbeit auf der interprofessionellen Zusammenarbeit liegt, wird nachfolgend vorerst auf Kooperation im Allgemeinen eingegangen. In einem weiteren Schritt erfolgt ein Bezug zur interprofessionellen Zusammenarbeit.

Kooperation ist noch kein wissenschaftlicher Terminus, sondern ein Wort der Alltagssprache wie Merten (2015, 23) verdeutlicht. Das Wort, welches das gemeinsame Handeln, Zusammenarbeit und Mitarbeit meint, wird aus dem Lateinischen *cooperatio* abgeleitet. Die Bedeutung von Kooperation ist das Zusammenwirken oder gemeinschaftliches Erfüllen einer Aufgabe, welches auf verschiedenen sozialen Ebenen stattfindet und zwei Hauptbedeutungen zugeschrieben wird. Einerseits im Kontext der Arbeit und Produktion und andererseits als eine, hinter dem professionellen Handeln, bewusst gewählte Haltung. Schliesslich wird gemäss Merten (2015, 61f) in Bezug auf die verschiedenen Autor*innen¹ Kooperation als «eine problembezogene, zeitlich und sachlich abgegrenzte Form der gleichberechtigten, arbeitsteilig organisierten und intendierten Zusammenarbeitsform am gleichen Gegenstand, die bewusst gewählt sowie fachlich und professionsethisch begründet ist, deren Ziele und Zielkriterien und Strukturen der Arbeitsteilung in Prozessen gegenseitiger Abstimmung, Aushandlung und Einigung bestimmt werden, und bei der die Haltungen und Handlungen der Kooperationspartner nach den Prinzipien der Gleichwertigkeit, der Reziprozität, der Partizipation und der Multiperspektivität ausgerichtet sind und in den Zielerarbeitungsprozessen aktiv thematisiert werden» gesehen. Gemäss Merten (2015, 62) führen weitere Anlässe zu kooperativen Prozessen. Eine fachlich begründete Absicht, Sachzwänge, Aufgabenkomplexität, Zuständigkeits- und Abgrenzungsprobleme sowie Effektivitätsforderungen und Qualitätsansprüche. Laut

¹ vgl. Eppel und Hamer (1997), Van Kardorf (1998), Schweitzer (1998), Van Santen und Seckinger (2003), Balz und Spiess (2009), Féraud und Bollinger (2013)

Merten und Kaegi (2016, 11) zielt Kooperation in ihrer Wirkungsabsicht immer auf die Verbesserung der Lebenslage der Klient*innen.

3.4.1 Interprofessionelle Kooperation

Es wurde mehrmals klar, dass interprofessionelle Kooperation in der Sozialen eine Voraussetzung für professionelles Handeln ist. In der Sozialen Arbeit kann gemäss Merten und Kaegi (2016, 10) den strukturellen Anforderungen nur durch eine bewusst gewählte, beabsichtigte sowie fachlich begründete Zusammenarbeit nachgekommen werden. Das professionelle Handeln entsteht durch die Bearbeitung eines gemeinsamen Gegenstandes in verschiedenen Handlungsfeldern. Dabei spielt der Prozess der gegenseitigen Abstimmung eine grosse Rolle. Zu beachten sind die gegenseitige Abstimmung sowie Unterstützung, Zielvorstellungen und die Handlungslogiken der verschiedenen Fachpersonen. In der Zusammenarbeit mit Klient*innen aber auch in der interprofessionellen Zusammenarbeit wird ein Wissen über Interaktions- und Verhandlungsprozesse, Teamarbeit, konstruktive Konfliktbearbeitung und Projektmanagement vorausgesetzt. Schliesslich stellt Kooperation ein Strukturmerkmal und eine Handlungsmaxime für Professionelle der Sozialen Arbeit dar, da sie für Klient*innen sowie für gesellschaftliche Leistungssysteme erbracht wird.

Die Antwort auf die Frage, wieso Kooperation notwendig ist, beantworten Merten und Kaegi (2016, 11) anhand der Zusammenstellung einiger Merkmale in Anlehnung zu Balz und Spiess (2009, 25). Diese sind: zwei Kooperationspartner*innen, ein intendiertes Handeln, Abstimmungs- und Aushandlungsprozesse, Zielinterdependenz, Gewinnorientierung und Wirkungsabsicht sowie die Zusammenlegung von Ressourcen und Kompetenzen. Dabei kann zwischen empathischer und strategischer Kooperation unterschieden werden. Bei ersteren sind die kommunikativen und psychosozialen emotionalen Merkmale der Verständigung, der Perspektivenwechsel sowie die Anerkennung und Akzeptanz des fachlichen Gegenübers wichtig. Die strategische Kooperation zeigt sich durch das rationale und zielgerichtete Handeln und die damit verbundene Zweckrationalität in Organisationen. Kooperation stellt hohe Anforderungen und ist nur dann dauerhaft möglich, wenn für alle Beteiligten positive Aspekte zu erwarten sind. Ebenfalls entsteht Kooperation durch fachlich begründete Absichten, welche durch Einsicht und Nachvollziehbarkeit der handlungs- oder leistungssystembezogenen Zielinterdependenz resultiert. Kooperation wird durch politische, institutionelle und organisationale Vorgaben vorausgesetzt. Weiter bedingen die klient*innenbezogene, komplexe Problemstellungen sowie der Handlungsbedarf eine Kooperation mit unterschiedlichen Fachpersonen. Der Qualitätsanspruch ist dementsprechend hoch und kann nur durch ein vereinbartes Zusammenwirken von strukturellen, kompetenzorientierten und personellen Ressourcen erzielt werden. Aus den oben erwähnten Anlässen zur Gestaltung von kooperativen Prozessen lassen sich gemäss Merten und Kaegi (2016, 11) Wirkungsziele in der Zusammenarbeit herleiten. Ein Wirkungsziel wird in der Optimierung der klient*innenbezogenen Handlungsoptionen sowie der Problemlösungskompetenz der involvierten Fachpersonen gesehen. Weiter werden eine Wissenssteigerung über die involvierten Fachpersonen sowie eine Optimierung des Informationsflusses angestrebt.

Merten und Kaegi (2016, 12) zeigen in Bezug auf einige Autor*innen² und den Leitprinzipien auf, wie Kooperation verwirklicht werden kann. Kooperationen werden im Interesse von gesellschaftlicher Leistungssysteme wie Professionen und Organisationen erbracht und durch Regeln, Kontrollstrukturen, vertragliche Verpflichtungen und gemeinsame Rahmenbedingungen geregelt. Dabei ist es wichtig, dass die Anliegen und Informationen während Kooperationsprozessen kompetent vertreten, transferiert und repräsentiert werden.



Abbildung 2: Kooperation als intendierte Zusammenarbeit und ihre Leitprinzipien nach Merten 2015, 42

Merten und Kaegi haben das für die Soziale Arbeit relevante Rahmenmodell für kooperatives Handeln mit den Leitprinzipien erarbeitet. Die Kooperationspartner*innen sollen die Leitprinzipien im methodischen und professionellen Handeln beachten, wie Merten und Kaegi (2016, 12) erläutern. Das erste Leitprinzip meint die Orientierung der Kooperation aus der Sichtweise und Zielperspektive der einzelnen Professionellen. Weiter wird Kooperationspartner*innen vorausgesetzt, sich in der Kooperation auf die eigene institutionelle Grammatik zu beziehen. Die Werteorientierung ist ein weiteres Leitprinzip, was die professions- und organisationsbezogene aber auch die persönlichen Werte und Normen der Kooperationspartner*innen in den Prozessen meint. Weiter ist zu vermerken, dass sich Kooperation durch eine bewusste Zielinterdependenz und Wirkungsorientierung lohnen muss. Unter dem Miteinbezug der Sichtweisen sowie die Gewährleistung der Teilhabe von allen involvierten Fachpersonen in den Prozessen wird das Leitprinzip der Partizipation verstanden. Merten und Kaegi (2016, 12) zeigen die Multiperspektivität als ein weiteres Leitprinzip auf, welches den Miteinbezug der ganzheitlichen Sichtweise der involvierten Fachpersonen meint. Schliesslich wird die Kompetenzorientierung ebenfalls vorausgesetzt, was die Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit mit den dazugehörigen Faktoren wie Offenheit, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit und Weitere bedeutet. Merten und Kaegi (2016, 12) machen in diesem Zusammenhang ebenfalls auf die Freiwilligkeit, Wechselseitigkeit, Autonomie und Akzeptanz in der Kooperation aufmerksam.

Laura R. Bronstein Verständnis der interprofessionellen Zusammenarbeit unterscheidet sich von den oben genannten Autoren. Bei der interprofessionellen Zusammenarbeit stützt sie sich auf verschiedene Autor*innen und zeigt ein zweiteiliges Modell auf, welches wesentliche Komponenten und Einflüsse in der interprofessionellen

² vgl. Eppel/Hamer 1997, Van Kardorf 1998, Schweitzer 1998, Van Santen/Seckinger 2003, Balz/Spiess 2009, Ferauf/Bolliger 2013

Zusammenarbeit darlegen. Auch für Bronstein (2003, 297) ist klar, dass Klient*innen ohne eine interprofessionelle Zusammenarbeit keine effektive Unterstützung von Sozialarbeiter*innen geboten werden kann. Bei der Definition der interprofessionellen Zusammenarbeit stützt sich Bronstein (2003, 299) auf jene von Berg-Weger und Schneider (1998, 698). Diese definieren interprofessionelle Zusammenarbeit als einen interpersonellen Prozess, bei welchem Fachpersonen verschiedener Professionen zu einem gemeinsamen Ziel beisteuern. Bronstein (2003, 299) greift ebenso die Definition von Bruner (1991) auf, welcher die interprofessionelle Zusammenarbeit als einen effektiven zwischenmenschlichen Prozess beschreibt. Dieser ermöglicht es Ziele zu erreichen, die durch Handlungen einzelner Fachpersonen allein nicht erreicht werden könnten.

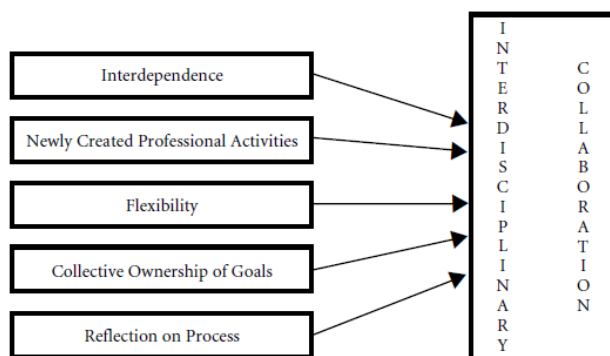


Abbildung 3: Components of an interdisciplinary Collaboration Model nach Bronstein 2003, 299

Bei der Entwicklung des zweiteiligen Modells *Components of an interdisciplinary Collaboration* stellt Bronstein (2003, 299f) vier theoretische Rahmen zusammen: die multidisziplinäre Theorie der Zusammenarbeit, die Dienstleistungsintegration, die Rollentheorien und die ökologische Systemtheorie. Obwohl zwischen Professionen gewisse Unterschiede bestehen, soll das Modell durch die Darstellung der Komponenten eine optimale Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeiter*innen und involvierten Fachpersonen bei interprofessionellen Prozessen darstellen. Zu den Komponenten zählt Bronstein (2003, 299f) die Interdependenz, neu geschaffene professionelle Aktivitäten, Flexibilität, kollektive Verantwortung für die Ziele und schliesslich die Reflexion über den gesamten Prozess.

Die Interdependenz bezieht sich auf das Auftreten sowie der Abhängigkeit der Interaktionen zwischen den Fachpersonen bei der Zielerreichung oder Erledigung der Aufgaben, wie Bronstein (2003, 299) beschreibt. Damit Fachpersonen in der Praxis interdependent funktionieren können, müssen sie ein klares Verständnis der eigenen Rollen sowie deren von den anderen Fachpersonen aufbringen und diese auch nutzen. Dazu gehören gemäss Bronstein (2003, 299) die gemeinsam verbrachte Zeit, mündliche und schriftliche Kommunikation und der Respekt der gegenseitigen professionellen Meinungen. Neben der Interdependenz wird vielfach auf interdisziplinäre Teams aufmerksam gemacht. In Bezug auf die Vorteile von Teamarbeit stützt sich Bronstein (2003, 300) auf Lonsdale et al. (1980), welche die Zusammenführung von Expertise und Wissen aus verschiedenen Professionen hervorheben. Für Billups (1987) ist eine solide professionelle Identität eine wichtige Komponente erfolgreicher Teamarbeit. Als einen Nachteil sieht Billups die Flexibilität, weil diese insbesondere in Bezug auf den Prozess der

interprofessionellen Teaminteraktionen, an denen Sozialarbeiter*innen beteiligt sind, bedeutsam ist. Zu den Verhaltensweisen, die Flexibilität kennzeichnen, gehören das Erreichen produktiver Kompromisse angesichts von Meinungsverschiedenheiten und die Rollenveränderungen der Fachpersonen je nach Situationen. Mattessich und Monsey (1992) fanden in diesem Zusammenhang heraus, dass von einer erfolgreichen Zusammenarbeit gesprochen werden kann, wenn sich Fachpersonen über ihre Rollen klar sind. Schliesslich stellten sie fest, dass erfolgreich zusammenarbeitende Fachpersonen auch unter sich ändernden Bedingungen eine Anpassungsfähigkeit zeigen.

Bronstein (2003, 301) schreibt weiter, dass durch die von Bruner et. al. (1991) dargelegten Ansätze zur Zusammenarbeit, die kollektive Verantwortung für die Ziele eine Kernkomponente erfolgreicher Zusammenarbeit darstellt. Diese bezieht sich auf die gemeinsame Verantwortung im gesamten Prozess der Zielerreichung, einschliesslich des gemeinsamen Entwurfs, der Definition, der Entwicklung und das Erreichen von Zielen. Dies beinhaltet eine Verpflichtung zur klient*innenzentrierten Pflege, wobei Fachpersonen aus verschiedenen Professionen und Klient*innen sowie deren Familien aktiv in den Prozess der Zielerreichung beteiligt sind. Um sich in kollektiver Verantwortung der Ziele zu engagieren, muss jede Fachperson die eigene Verantwortung von Erfolg und Misserfolg sowie konstruktiven Meinungsverschiedenheiten und Überlegungen unter Fachpersonen erfassen. Weiter stützt sich Bronstein (2003, 301) auf Billups (1987, 148), welcher über die Zusammenarbeit von Sozialarbeiter*innen mit anderen Fachpersonen schreibt und die zentrale Dynamik des interprofessionellen Teamprozesses als eine Form des Konsenses zwischen Teammitgliedern definiert. Dieser Konsens spiegelt weder das Extrem der perfekten Übereinstimmung noch des ungezügelten Konflikts wieder. Vielmehr hat diese zentrale Dynamik die Charakteristika eines demokratisch orientierten Transaktionsflusses freier Kommunikation, einer einigermaßen vollständigen Partizipation und eines ausreichenden Grades an Übereinstimmung, um zu einer konzertierten Reihe von kollektiven Entscheidungen und Aktionen führen zu können. Bronstein (2003, 301) greift zudem die Argumente von Abramson und Rosenthal (1995, 1482) auf. Demnach findet durch die Bedeutung der kollektiven Verantwortung für Ziele eine stärkere Einbeziehung der Entscheidungsfindung statt. Folglich entsteht so eine breitere Basis der Identifikation mit dem Prozess und eine grössere Unterstützung in der Umsetzung. Weiter argumentieren Abramson und Rosenthal (1995, 1482), dass eine breit angelegte interdisziplinäre Unterstützung einen besseren Erfolg für Veränderungen aufzeigt als eine einsame Anstrengung. Die Reflexion über den Prozess bezieht sich auf die Aufmerksamkeit der zusammenarbeitenden Fachpersonen im Zusammenarbeitsprozess, wie Bronstein (2003, 302) schreibt. Das Nachdenken und der Austausch über Arbeitsbeziehungen, Arbeitsprozessen und Einbezug von Feedbacks gehören ebenso zur Reflexion und stärken die Zusammenarbeit und die Effektivität. Für Billups (1987) zeigt der offene Umgang mit teaminternen Konflikten und das Feedback zur Reflexion eine kritische Komponente der erfolgreichen interprofessionellen Zusammenarbeit auf.

Neben den oben aufgeführten Komponenten, zeigt Bronstein (2003, 303) im zweiten Teil des Modells Einflüsse der interprofessionellen Zusammenarbeit auf. Die Einflüsse werden in Zusammenhang mit den Komponenten aufgezeigt und beinhalten die

professionelle Rolle, die strukturellen und persönlichen Merkmale und die Geschichte der Zusammenarbeit.

In der professionellen Rolle geht es laut Bronstein (2003, 302) darum, an den Werten und der Ethik der Profession der Sozialen Arbeit festzuhalten. Der gegenseitige Respekt der zusammenarbeitenden Fachpersonen und die Perspektiven stellen einen wichtigen Bestandteil in der professionellen Rolle dar. Die Rollentheorie vermittelt das Verständnis, wie die Sozialisation in den professionellen Rollen stattfindet und die Möglichkeit der Fachpersonen, in ihrer Arbeit mit anderen zu interagieren. Beim Verständnis des Einflusses der professionellen Rolle auf die Zusammenarbeit mit anderen werden die Wirkung von Sozialisation, das Setting sowie der Status und die Hierarchie kritisch hinterfragt. Jede Profession verfügt über verschiedene Werte sowie Rollen. Der Unterschied zwischen den Professionen zeigt sich durch den Wert der Autonomie und der professionellen Identität. Die interprofessionellen Beziehungen unterscheiden sich daher je nach Profession und Status im jeweiligen Rahmen. Eine fördernde Zusammenarbeit in einer kompetenten professionellen Rolle erfordert gegenseitigen Respekt, unabhängig vom Status der Profession im Rahmen. In mehreren Studien von Abramson et. al.³ wird darauf hingewiesen, dass eine erfolgreiche Zusammenarbeit durch Loyalitäten, die sich zu stark auf einen bestimmten Beruf, Abteilung oder interdisziplinären Teams orientieren, behindert werden kann.

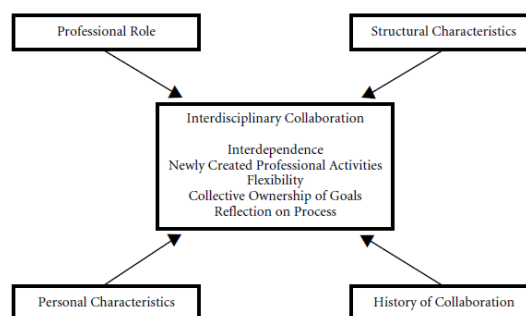


Abbildung 4: Influences of interdisciplinary Collaboration nach Bronstein 2003, 303

Zu den strukturellen Merkmalen, welche die interprofessionelle Zusammenarbeit beeinflussen gehören eine überschaubare Fallzahl, die Kultur der Einrichtung, administrative Unterstützung, professionelle Autonomie sowie Zeit und Raum für die Zusammenarbeit, wie Bronstein (2003, 303) aufzeigt. Weiter wird die interprofessionelle Zusammenarbeit durch die Art und Weise, wie Organisationen vorhandene Ressourcen und Arbeiten zu teilen, beeinflusst. In der Zusammenarbeit können diese Faktoren als Unterstützung oder als Hindernisse gesehen werden. Billups (1987) argumentiert mit der Wichtigkeit, in der Lage zu sein, die Vorteile zu maximieren und die Beschränkungen durch Einflüsse auf die interdisziplinäre Praxis zu minimieren. Brown (1995) fand diesbezüglich heraus, dass die strukturellen Faktoren wie unklare Aufträge, zu wenig Zeit, übermässige Arbeitsbelastungen und fehlende administrative Unterstützung Barrieren für die Zusammenarbeit darstellen. Weiter zeigt Bronstein (2003, 304) den Einfluss der persönlichen Merkmale in der interprofessionellen Zusammenarbeit auf. Die Art und Weise, wie sich die Fachpersonen ausserhalb ihrer professionellen Rollen sehen, ist ein wichtiger

³ vgl. Abramson, 1990; Hoch, 1965; Kane, 1975, 1980

Faktor. Persönliche Eigenschaften sind wichtige Komponenten für eine erfolgreiche Zusammenarbeit, wie Mattessich und Monesy (1992) ebenfalls in ihren Studien darlegen. Relevante, persönliche Eigenschaften sind Vertrauen, Respekt, Verständnis und informelle Kommunikation zwischen den Fachpersonen. Auch nach Maslows (1965) humanistischer Perspektiven ist Vertrauen eine grundlegende Basis für eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Schliesslich rundet die Geschichte der Zusammenarbeit, welche sich gemäss Bronstein (2003, 304) auf bereits frühere gemachte Erfahrungen der Fachpersonen in der interprofessionellen Zusammenarbeit bezieht, das Modell ab. Die Geschichte der Zusammenarbeit wird in vielen Studien von Mattessich und Monsey (1992) als Indikator erfolgreicher Zusammenarbeit gesehen.

Durch das Modell und die Erläuterungen von Bronstein (2003, 304) lässt sich zusammenfassend sagen, dass aufgrund der vermehrten sozialen Probleme, wie die steigende Zahl von Familien in Armut, immigrierende und alternde Menschen sowie abnehmenden Ressourcen, Sozialarbeiter*innen vor zunehmenden Herausforderungen stehen. Somit können sich Sozialarbeiter*innen in der interprofessionellen Zusammenarbeit auf das zweiteilige Modell anlehnen.

3.4.2 Interprofessionelle Kooperation als professionelle Methode

Die interprofessionelle Kooperation ist eine professionelle Methode, auf welche sich Sozialarbeiter*innen stützen können. Für Obrecht (2006, 409) ist sie «ein gestalteter sozialer Prozess, in dessen Rahmen Professionelle unterschiedlicher Art im Hinblick auf die Lösung komplexer praktischer Probleme zusammenarbeiten, die mit den Mitteln der beteiligten Professionen allein nicht zufrieden stellend bearbeitbar sind».

Bei den praktischen Problemen der Professionellen geht es laut Obrecht (2006, 409) um die praktischen Probleme Dritter, welche aus eigener Kraft nicht lösbar sind. Unabhängig von der Anzahl der zusammenarbeitenden Fachpersonen ergeben sich in der sprachlichen Verständigung Probleme zwischen den involvierten Fachpersonen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass ohne eine erfolgreiche Verständigung oder Kommunikation keine fallbezogene Kooperation entstehen kann. Eine effektive Kommunikation ist an Bedingungen gebunden, welche es zu berücksichtigen gilt. Einerseits wird die Kommunikation durch verschiedene Niveaus der professionellen Entwicklung der Fachpersonen und andererseits durch das spezifische Fachwissen als Hindernis erfolgreicher Verständigung gesehen. Obrecht (2006, 427) schreibt weiter, dass nicht bei jeder professionellen Intervention interprofessionelle Zusammenarbeit erforderlich wird. Letztere kommt dann zum Zuge, wenn wechselwirkende – biologische, psychische und soziale – Prozesse gleichzeitig kritisch verlaufen. Das Ziel der interprofessionellen Zusammenarbeit ist die effektive und effiziente Lösung praktischer Probleme. Obrecht (2006, 427) zeigt das Verfahren der interprofessionellen Kooperation anhand von fünf Schritten auf. Zuerst wird der Fall durch die involvierten Fachpersonen bearbeitet und es werden Behandlungsziele entwickelt. Dann erfolgt eine Vereinigung der professionsspezifischen Beschreibungen, Erklärungen und Prognosen des Falles. In einem dritten Schritt werden alle Fakten zu einem Ganzen synthetisiert und wenn nötig modifiziert. Schliesslich werden die Behandlungsziele realisiert und der Prozess koordiniert. Obrecht (2006, 427f)

macht darauf aufmerksam, dass das beschriebene Verfahren ein geteiltes handlungswissenschaftliches Hintergrundwissen voraussetzt, welches dem Problem der Spezialisierung und des Wissens Rechnung tragen soll. Mit dem handlungswissenschaftlichen Hintergrundwissen kann eine effektivere und effizientere Arbeit in der interprofessionellen Kooperation geleistet werden. Zusammenfassend kann gemäss Obrecht (2006, 439) gesagt werden, dass «ohne ein Verständnis der Natur von Handlungen keine professionelle Methode, ohne professionelle Methode keine professionelle Handlung, ohne professionelle Handlung keine Profession und ohne Profession keine interprofessionelle Kooperation» stattfinden kann.

3.5 Gelingende interprofessionelle Zusammenarbeit

Eine gelingende interprofessionelle Zusammenarbeit erfordert gemäss Merten und Kaegi (2016, 13) eine Klärung der Erwartungen und Ressourcen. Dabei stützen sie sich auf Seckinger (2008, 9ff), welcher eine gelingende Zusammenarbeit anhand einiger Faktoren aufzeigt. Die Arbeitsplanung und die gegenseitige Orientierung der Modelle, welche die involvierten Fachpersonen zur Problemlösungssystematiken brauchen, stellen den ersten Faktor einer gelingenden Kooperation dar. Ebenfalls bedarf es einer adressatengerechten Sicherung der Ergebnisse sowie einen gesicherten Informationsfluss. Weiter werden der Austausch und das Wissen über die Zielperspektiven, Prinzipien und Arbeitsweisen für eine gelingende Zusammenarbeit zwingend vorausgesetzt. Merten und Kaegi (2016, 13) zeigen zudem auf, dass sich Fachpersonen über die angestrebte Laufzeit der Kooperation und über Kooperationsbeziehungen einig sein müssen. Die Garantie der systematischen Rückkoppelungsprozesse muss ebenfalls vorhanden sein, sodass Ergebnisse der Zusammenarbeit in die jeweiligen Institutionen hineingetragen werden können.

Es bedarf vier kompetenzorientierter Grundschriffe, welche zu erfolgreichen Kooperationsbeziehungen führen, wie Merten und Kaegi (2015, 63) stützend auf Rabeneck (2001, 3) aufzeigen. Der erste Grundschriff besteht darin, die eigenen Problemdefinitionen und Zielsetzungen sowie Kooperationspartner*innen zu bestimmen. Weiter wird nötig, die professionelle Eigenwährung, die kontextbezogenen Handlungsspielräume und den möglichen handlungsbezogenen Gewinn abzuklären. Zudem ist das Sich-Hineinversetzen in die Kooperationspartner*innen verbunden mit ihren möglichen Arbeitsweisen, Zielperspektiven sowie Interessen und Widerstände nötig. Beim letzten Grundschriff geht es darum, Handlungsstrategien zu entwickeln, welche ressourcen- und lösungsorientiert an die Ziele und Interessen aller beteiligten Kooperationspartner*innen ansetzen. Neben gelingender Kooperation können in kooperativen Prozessen ebenfalls Konflikte entstehen wie Merten und Kaegi (2016, 13) aufzeigen. Konflikthafteigkeiten entstehen durch die verschiedenen professionellen Hintergründe der Fachpersonen. Diese zeigen, dass Fachpersonen über gegensätzliche Interessen, Ziele, Bedürfnisse, Bedeutungen, Interpretationen und Werte verfügen. Konflikte stellen ein konstruktives Element von gesellschaftlichen sowie individuellen Entwicklungen dar, welche als Antrieb für Entwicklungen und Veränderungen dienen. Andererseits können sich Konflikte negativ auf Kooperationen auswirken. Nichtsdestotrotz bilden Konflikte einen Bestandteil in der alltäglichen Zusammenarbeit und fördern tragfähige Lösungen in Kooperationen, so

Merten und Kaegi (2016, 13). Konflikte lassen sich durch rechtzeitiges Erkennen, einer sorgfältigen Analyse sowie durch wohlwollende und klare Interventionen konstruktiv bearbeiten. Dadurch können Unterschiede klar gemacht sowie Veränderungen eingeleitet werden. Dabei ist die Bereitschaft, die eigenen Konflikte zu verstehen, sich in die anderen Konfliktparteien reinzusetzen und deren Sicht der Situation zu verstehen, bedeutend.

3.6 Erfolgsfaktoren in der Zusammenarbeit

Neben den vier erläuterten Grundsritten zur gelingenden Kooperation spielen weitere Faktoren für das Bestehen und den Erfolg von Kooperationen eine wesentliche Rolle. Merten (2015, 65f) lehnt sich dabei an die erarbeiteten Erfolgsfaktoren von Féraud und Bollinger (2013, vii) an. Den ersten Erfolgsfaktor zeigt Merten (2015, 65f) in der vorgängigen Klärung des Zwecks der Kooperation sowie mittels der Festlegung der inhaltlichen Ausrichtung auf. Weiter ist die gemeinsame Vereinbarung von Zuständigkeiten, Abläufen und Verantwortungsbereichen erforderlich. Ebenso müssen diejenigen Fachpersonen involviert werden, welche einen optimalen Lösungsbeitrag zu den vorliegenden Problemstellungen beitragen. Ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor ist das gegenseitige Vertrauen und Kennen der Fachpersonen verbunden mit den Aufträgen, Rollen, Grenzen und Zielperspektiven. Durch feste Strukturen, wie institutionalisierte Meetings, können involvierte Fachpersonen von verschiedenen Perspektiven profitieren und Vertrauen gewinnen. Der Nutzen der Kooperation, welcher durch den Auftrag der Institutionen bestimmt wird, sowie die zeitlichen Ressourcen der involvierten Fachpersonen zeigen sich als weitere Erfolgsfaktoren in der Kooperation. Schliesslich sind die personenbezogenen Faktoren, wie die Fähigkeit der Kooperation der Fachpersonen, ebenfalls ausschlaggebend.

Zusammenfassend kann gemäss Merten (2015, 66) gesagt werden, dass eine gelingende Kooperation eine fachliche und personenbezogene Anerkennung, Akzeptanz und Vertrauensbasis der Kooperationspartner*innen voraussetzt. Weiter bedarf es seitens der kooperierenden Fachpersonen eine Reflexion und Förderung des gegenseitigen Vertrauens und Verständnisses.

3.7 Hypothesen

Vom Forschungsstand und dem theoretischen Rahmen ausgehend, kristallisieren sich für die vorliegende Bachelorarbeit folgende zwei Hypothesen heraus.

Die befragten Beistandspersonen des Amtes für Kinderschutz im Oberwallis sehen Erfolgsfaktoren in der interprofessionellen Zusammenarbeit im Kindeschutzbereich.

Die befragten Beistandspersonen des Amtes für Kinderschutz im Oberwallis sehen Hindernisse in der interprofessionellen Zusammenarbeit im Kindeschutzbereich.

4 Forschungsvorgehen

Im folgenden Kapitel wird das methodische Vorgehen dargelegt. Dabei wird im ersten Teil das qualitative Leitfadeninterview zur Vorbereitung und Durchführung der Datenerhebung vorgestellt. Weiter wird der Untersuchungskorpus präsentiert und auf die qualitative Inhaltsanalyse eingegangen. Durch Erläuterungen zur Interpretation der Daten wird das Kapitel abgerundet.

4.1 Qualitatives Leitfadeninterview: Ein Überblick

In der Sozialforschung können Daten unterschiedlich erhoben werden. Uwe Flick (2009, 102) zeigt dazu verschiedene qualitative Methoden auf. Dabei können die Methoden in Befragungen, Beobachtungen sowie Nutzung und Analyse der gewonnen Daten unterteilt werden. Eine Form von Befragungen ist die standardisierte Befragung, bei welchen Fragebogen eingesetzt werden, die entweder schriftlich oder mündlich in einer Befragungssituation beantwortet werden. Solchen Fragebogenstudien haben das Ziel, bei allen Befragten vergleichbare Antwortmöglichkeiten sicherzustellen. Eine weitere Befragungsmethode ist die Nicht-standardisierte Befragung, welche durch Interviews und Focus Groups ausgeführt wird, so Flick (2009, 113). Nicht-standardisierte Befragungen lassen sich in Leitfadeninterviews, narrative Interviews, episodische Interviews oder Gruppendiskussionen einteilen.

Die Datenerhebung der vorliegenden Bachelorarbeit erfolgt durch die Methode der Leitfadeninterviews nach Flick (2009, 113). Bei nicht-standardisierten Befragungen geht es laut Flick (2009, 113) darum, anhand von Interviewleitfaden das Gespräch zu führen, bei welchen Fragen ausführlich und offen beantwortet werden können. Für diese Methode braucht es im Vorfeld vorbereitete Fragen in Form von einem Leitfaden. Ein Vorteil bei dieser Methode ergibt sich in der Flexibilität, so dass sich Interviewpersonen nicht strikt an die Fragen halten müssen. Durch diese Methode ergibt sich das Ziel, eine individuelle Sicht der Interviewpersonen auf das Thema zu erhalten, wie Flick (2009, 114) weiter beschreibt. Möglichkeiten für Antworten gibt es bei dieser Methode ebenfalls nicht. Es geht vielmehr darum, dass die Interviewpersonen so antworten können, wie sie es möchten. Für die Person, die das Interview führt, ergibt sich die Chance bei Antworten konkret nachfragen zu können. Flick (2009, 114) stützt sich bei der Leitfadengestaltung sowie Interviewdurchführung auf die vier hilfreichen Kriterien von Merton und Kendall (1993, 178), welche die «Nichtbeeinflussung der Interviewpartner, Spezifität der Sichtweise und Situationsdefinition aus deren Sicht, Erfassung eines breiten Spektrums der Bedeutung des Gegenstandes, Tiefgründigkeit und der personale Bezugsrahmen aufseiten des Interviewten» meinen.

Ebenfalls können Fragen unterschiedlicher Form gestellt werden, so Flick (2009, 114). Die unterschiedlichen Frageformen zeigen sich in Formulierung von offenen oder halbstrukturierten Fragen. Dabei sollten strukturierte Fragen keinen grossen Platz einnehmen, da diese Interviewpersonen in eine Richtung lenken. Bei Leitfadeninterviews soll eine Kombination von offenen und gezielten Fragen erreicht werden. Flick (2009, 115) erwähnt zudem, dass durch die Kombination mit Interviewpersonen Themen tiefer aufgegriffen werden können.

Die Datenerhebung anhand von qualitativen Leitfadeninterviews eignet sich für die vorliegende Bachelorarbeit. Anhand der vorbereitenden Fragen wird eine gewisse Struktur vorgegeben, dennoch erhalten die Interviewpersonen die Möglichkeit, den Fokus selbst zu setzen. Bei den Antworten kann ebenso gezielt nachgefragt und entsprechend in die Tiefe gegangen werden, um diese nach Bedarf zu konkretisieren.

4.2 Untersuchungskorpus

Bei empirischen Untersuchungen mit Menschen lehnt sich die Hochschule für Soziale Arbeit HES-SO Valais/Wallis an den Ethik-Kodex der Forschung, Group romand de coordination Travail de Bachelor (2008). Um der Forschungsfrage nachzugehen, wurde auf forschungsökonomischen Gründen die Wahl der Interviewpersonen auf drei Fachpersonen und somit auf das Oberwallis beschränkt. Bei der Untersuchung wurden drei Beistandspersonen des Amtes für Kinderschutz gewählt, welche in ihrer sozialarbeiterischen Tätigkeit mit unterschiedlichen Professionellen zusammenarbeiten. Aus forschungsethischen Gründen wurden die Fachpersonen im Vorfeld schriftlich angefragt und mittels einer Einwilligungserklärung über das Thema sowie die Ziele der vorliegenden Bachelorarbeit, Datenschutzhinweisen sowie über die Autorin aufgeklärt. Die Nutzung der Daten sowie die freiwillige Teilnahme und das damit verbundene Widerrufsrecht der Einwilligung wurden ebenfalls transparent dargelegt. Die Aufnahme der Befragung, welche der späteren Transkription dient, wurde klar kommuniziert. Die Interviewfragen wurden den Interviewpersonen vorgängig zugestellt. Eine ausführliche Beschreibung zum Amt für Kinderschutz und den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, welche das Forschungsfeld umfassen, befindet sich im Anhang.

4.2.1 Risiken und Grenzen der Untersuchung

Aufgrund der COVID-19 Massnahmen fanden die Interviews nicht wie geplant vor Ort statt. Schliesslich wurden die Interviews telefonisch durchgeführt. Zu Beginn wurde den Interviewpersonen die Einverständniserklärung zugestellt und durch die Unterschrift die Zustimmung der Teilnahme an den Interviews gewährleistet. Die Leitfadeninterviews wurden in vier Kategorien unterteilt. Zu Beginn wurden die Ziele und Datenschutzaspekte der Datenerhebung nochmals zusammengefasst und schliesslich die vorbereiteten Fragen gestellt. Die Schwierigkeit war, dass durch die telefonische Durchführung des Interviews nonverbale Aspekte verloren gingen. Schliesslich konnten jedoch alle drei Interviews durchgeführt und die vorbereitenden Fragen beantwortet werden. Ein weiteres Risiko der Untersuchung zeigte aufgrund der Grösse des Oberwallis und die damit verbundene Kritik der interprofessionellen Zusammenarbeit. Den Interviewpersonen wurde offengelegt, dass die empirische Untersuchung als Chance gesehen werden soll, um auf Zusammenarbeitsoptionen im Oberwallis sowie auf die Wichtigkeit der interprofessionellen Zusammenarbeit aufmerksam zu machen.

4.3 Qualitative Inhaltsanalyse: Von der Auswertung bis zur Interpretation

Nach der Durchführung der Interviews konnten aus dem gesammelten Material Daten erhoben werden. Zu Beginn wurden alle aufgenommenen Interviews sinngemäss auf Hochdeutsch transkribiert. Vorgängig wurden dazu Transkriptionsregeln aufgestellt, um eine einheitliche Transkription sicherzustellen. Mithilfe der Auswertungsmethode wurden die Daten in einem weiteren Schritt analysiert und ausgewertet.

Die Auswertungsmethode stützt sich auf die sogenannte qualitative Inhaltsanalyse nach Philip Mayring. Mayring (2015, 65f) legt dar, dass in der qualitativen Inhaltsanalyse das Material nach entwickelten Kategorien zusammengeführt werden kann. Anhand der Fragestellung und der gewonnenen Daten können diese mittels drei Analysetechniken: Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung analysiert und ausgewertet werden. Die für die vorliegende Bachelorarbeit ausgewählte Auswertungsmethode, orientiert sich an der deduktiven Kategorienanwendung nach Mayring (2015, 97), welche der Analysetechnik Strukturierung untergeordnet wird. Mit dieser Technik können laut Mayring (2015, 97) bestimmte Strukturen aus dem gewonnenen Material herausgearbeitet werden. Die dazugehörigen Textstellen der Interviews, welche zu einer der erstellten Kategorien passen, werden selektiert. Im Strukturierungsprozess ist die Bestimmung der Strukturierungsdimensionen bedeutsam. Diese müssen sich von der Fragestellung ableiten und theoretisch begründen lassen. Die einzelnen Dimensionen, welche sich ableiten lassen, werden zu einem Kategoriensystem erarbeitet. Unter welchen Umständen gewonnenen Daten unter eine Kategorie fallen, muss zunächst in drei Schritten bestimmt werden. Hierzu ist gemäss Mayring (2015, 97) wichtig, vorerst die Kategorien sowie dazugehörige Textbestandteile zu definieren. Weiter sind Ankerbeispiele notwendig. Durch diese können Textbestandteile aus den Interviews aufgelistet werden und als Beispiel für die jeweilige Kategorie gelten.

Für die vorliegende Inhaltsanalyse wurde eine Kodiertabelle anhand von Codes und Unter-codes erstellt. Anhand der festgelegten Codes konnten die erhobenen Daten nach der Vorgehensweise gemäss Mayring (2015, 97ff) in einer Tabelle zusammengefasst und schliesslich ausgewertet werden.

5 Analyseergebnisse

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der erhobenen Daten dargelegt. Nach einer Darstellung der ausgewählten Interviewpersonen werden die Ergebnisse anhand von Codes und UnterCodes aufgezeigt. Die Datenanalyse beschränkt sich ausschliesslich auf den Inhalt der Interviews mit den befragten Fachpersonen.

5.1 Darstellung der ausgewählten Interviewpersonen

Für die Untersuchung der vorliegenden Bachelorarbeit wurden drei Fachpersonen des Amtes für Kinderschutz Oberwallis befragt. Alle drei Fachpersonen sind Sozialarbeiter*innen, welche Mandate von Erziehungsbeistandschaften übernehmen. Aus Datenschutzgründen werden die ausgewählten Interviewpersonen nicht näher beschrieben.

5.2 Darstellung der Untersuchungsergebnisse

Die aus den Interviews gewonnenen Daten wurden anhand der dargelegten qualitativen Inhaltsanalyse und mittels einer nach Mayring (2015, 97f) erstellten Kodiertabelle analysiert. Die Analyseergebnisse werden im vorliegenden Kapitel anhand der erstellten Codes aufgezeigt. Die Codes wurden gemäss den Leitfadenterviews in drei entsprechende Kategorien *Kinderschutz*, *professionelles Handeln* sowie *interprofessionelle Zusammenarbeit* eingeteilt. Eine ausführliche Erläuterung folgt im Rahmen der Diskussion und Anlehnung der Hypothesen im darauffolgenden Kapitel.

5.2.1 Kinderschutz

Der Code *Kinderschutz* bildet den ersten Schritt der interprofessionellen Zusammenarbeit im Kindeschutzbereich. Dieser Code wird in die UnterCodes *Prozess/Verfahren* und *Rollenverständnis Beistandsperson* unterteilt.

Prozess / Verfahren

Interviewperson A, Z. 85-86: «Jede Fachperson macht eigentlich alles.»

Zum Prozess/Verfahren liegen von allen befragten Interviewpersonen Informationen vor. Die drei befragten Interviewpersonen sind Fachpersonen im Kinderschutz und übernehmen sowohl Abklärungsaufträge als auch Mandate von Erziehungsbeistandschaften. Einem Mandat geht eine Abklärung der Situation voraus, wie alle befragten Interviewpersonen erklären. Die Abklärungsaufträge erhalten sie von den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden oder von Gerichten. In diesem Zusammenhang klären die befragten Interviewpersonen die Gefährdungssituationen ab und schauen in einem Erstgespräch zusammen mit den Klient*innen, welche Unterstützung angesetzt wird und welcher Bedarf besteht. Weiter erklären die Interviewpersonen, dass der Abklärungsprozess mit einem Abklärungsbericht an die KESB abgeschlossen wird. Im Abklärungsbericht können die Beistandspersonen Kinderschutzmassnahmen empfehlen, wie Interviewperson B (vgl. Z. 106-107) erwähnt. Alle drei befragten Interviewpersonen machen klar, dass die Entscheidungsmacht über ein Mandat bei den KESB liegt. Durch die Empfehlungen im Rahmen der Abklärungen besteht jedoch teilweise eine Mitbestimmung. Werden die

Empfehlungen der befragten Interviewpersonen von den KESB nicht angenommen, besteht die Möglichkeit mit den Klient*innen freiwillig zusammenzuarbeiten, wie Interviewperson B (vgl. Z. 310-313) erwähnt. Eingriffe gestalten sich in freiwilligen Zusammenarbeitsprozessen jedoch schwieriger. Weiter erwähnen die befragten Interviewpersonen, dass sie schliesslich den Entscheid der KESB umsetzen und somit ein Mandat anhand der Kindesschutzmassnahmen erhalten. Im Prozess des Mandats können durch Empfehlungen an die KESB Anpassungen gemacht werden. Die Interviewpersonen erwähnen zudem, dass alle sechs Monate eine Rechenschaft in Form von Berichten an die KESB erfolgen muss, was die befragten Interviewpersonen als eine zusätzliche Herausforderung im Berufsalltag empfinden. Interviewperson A (vgl. Z. 542-544) sieht dies als Herausforderung, da das Gesetz nur alle zwei Jahre eine Berichterstattung vorsieht. Das Mandat läuft so weit, bis eine mögliche Gefährdung ausgeschlossen werden kann. Dies wiederum liegt in der Hand der Beistandspersonen, wenn Klient*innen keine weitere Unterstützung benötigen oder auf diese verzichten. Die Schwierigkeit im ganzen Prozess sieht Interviewperson A (vgl. Z. 509) darin, dass sie Klient*innen nicht zur Veränderung zwingen können.

Allgemein können die befragten Interviewpersonen von einer guten Zusammenarbeit mit der KESB profitieren. Trotzdem ergeben sich im Berufsalltag schwierigere Zusammenarbeitssituationen. Interviewperson A (vgl. Z. 590-591) unterstreicht dies mit einem Beispiel, bei welchem die KESB der jeweiligen Beistandsperson zuvorgekommen ist und somit keine Möglichkeit bestand, die Gefährdungssituation richtig abzuklären. Interviewperson A (vgl. Z. 626-628) macht in diesem Zusammenhang ebenfalls darauf aufmerksam, dass Entscheidungen aus Kindesschutzsicht einen grossen Einfluss haben.

Rollenverständnis Beistandsperson

Interviewperson B, Z. 373-375: «Unterstützung geben da wo man kann und halt auch mal durchgreifen, wenn es nicht anders geht. Das gehört halt auch zum Zwangskontext dazu.»

Das Verständnis der eigenen Rolle sowie der Aufgaben der Beistandspersonen sind wesentlich, um Mandate durchführen zu können. Alle drei befragten Interviewpersonen sind sich über ihre Rolle als Erziehungsbeistandspersonen bewusst. Im Allgemeinen besteht die Rolle der befragten Interviewpersonen darin, Eltern sowie Kindern in Krisensituationen Unterstützung, Beratung und Begleitung zu bieten. Die befragten Interviewpersonen sehen sich in der vermittelnden Rolle sowie als Bindeglied zwischen den involvierten Fachpersonen und Systemen. Da sie im Zwangskontext eingebettet sind, sehen sich die befragten Interviewpersonen ebenfalls als kontrollierende Instanz und müssen in gewissen Situationen durchgreifen. Für Interviewperson A (vgl. Z. 381-386) ist in der Rolle als Beistandsperson wichtig, den Familien mit Empathie und Verständnis entgegenzukommen und ihnen die nötige Unterstützung anzubieten. Damit sie so schnell wie möglich autonom weiterleben können. Interviewperson C (vgl. Z. 71) findet es wiederum wichtig, dass im Zentrum der Tätigkeit der Erziehungsbeistandspersonen das Kindeswohl steht.

Die zu erfüllenden Aufgaben während der Mandate werden durch die KESB im Entscheidungsdispositiv umschrieben und je nach Situation konkretisiert, wie die befragten Interviewpersonen aufzeigen. Interviewperson C (vgl. Z. 162) erwähnt diesbezüglich, dass durch die Umschreibung der Aufgaben die Erziehungsbeistandspersonen in gewissen Situationen über mehr Entscheidungsgewalt verfügen. Ebenfalls haben die Beistandspersonen die Möglichkeit, durch Empfehlungen an die KESB Mandate anzupassen oder abzuschliessen.

5.2.2 Professionalität

Die befragten Interviewpersonen sind Professionelle Fachpersonen im Kindesschutzbereich. Aus diesem Grund bildet Professionalität den zweiten Code der Auswertung. Durch die Untercode *Grundsätze professionelles Handeln* und *Kompetenzen der Sozialen Arbeit* werden bedeutsame Aspekte erläutert.

Grundsätze professionelles Handeln

Interviewperson C, Z. 546-551: «Natürlich ist es auch immer wieder, mich frei zu machen von Vorurteilen. In jedem Fall immer wieder neu. Ich glaube, das ist ein Grundsatz, wo wir in der Sozialen Arbeit haben. Dass auch Ergebnisse offen sind, ist auch immer wieder neu eigentlich in jeder Fallsituation. Und dass wir eigentlich ein risikoreflektiertes Vorgehen haben. [...]»

Alle drei befragten Interviewpersonen äussern sich zu den Grundsätzen professionelles Handeln und machen auf die wertschätzende und neutrale Haltung aufmerksam. Für Interviewperson A (vgl. Z. 658-661) ist es zudem wichtig, den Klient*innen zu vermitteln, dass sie nicht die Bösen sind und ihnen in den Krisensituationen Unterstützung geben wollen. Die Schwierigkeit in der Zusammenarbeit mit Klient*innen sieht Interviewperson A (vgl. Z. 662-666) darin, dass Klient*innen Angst haben, dass ihnen das Kind weggenommen wird. Für die Beistandspersonen ist es in einem ersten Schritt wichtig, diese Barriere zu überwinden. Es ist ebenfalls ausschlaggebend, ob Klient*innen Hilfe annehmen wollen oder nicht, wie Interviewperson A (vgl. Z. 691-692) erwähnt. Ein wichtiger Grundsatz ist für Interviewperson A (vgl. Z. 674-683), den Klient*innen die Aufträge und Aufgaben sowie die involvierten Beistandspersonen aufzuzeigen. Interviewperson B (vgl. Z. 368-375) äussert sich diesbezüglich, dass der Zwangskontext in diesem Zusammenhang ebenfalls erwähnt werden muss, damit Klient*innen dies verstehen und eine Zusammenarbeit stattfinden kann. Weiter stellt für die Interviewperson B (vgl. Z. 361-363) das Vertrauen und die Partizipation der Klient*innen wesentliche Grundsätze im professionellen Handeln dar. Interviewperson C (vgl. 518-519) findet, dass die Arbeitsbeziehung auf Augenhöhe gestaltet werden muss, um professionell handeln zu können. Vorurteilsfreies Handeln und eine klare Kommunikation sieht Interviewperson C (vgl. Z. 546-548) ebenfalls als wichtige Grundsätze im professionellen Handeln, wie auch die ressourcen- sowie lösungsorientierte Arbeitsweise.

Kompetenzen der Sozialen Arbeit

Interviewperson C, Z. 576-577: «[...] Verwenden von Fachkonzepten, von Methoden, von Instrumenten.»

Die Kompetenzen der Beistandspersonen ergeben sich aus den umschriebenen Aufträgen der KESB, wie die befragten Interviewpersonen erwähnen. Zu weiteren Kompetenzen äussert sich Interviewperson A nicht. Interviewperson B (vgl. Z. 407-417) erwähnt in diesem Zusammenhang, dass sich die Kompetenzen je nach Mandat unterscheiden. Es gelten jedoch die vom Recht vorgeschriebenen Kompetenzen wie: die Eltern mit Rat und Tat zu unterstützen, die Koordination mit verschiedenen involvierten Fachpersonen herzustellen und eine enge Zusammenarbeit mit den Kindern und Eltern zu pflegen. Interviewperson C (vgl. Z. 575-577) ergänzt in diesem Zusammenhang, dass im Kindeschutzbereich die wichtigen Kompetenzen der Sozialen Arbeit wie beispielsweise das Fallverstehen verbunden mit der sozialen Diagnostik ausschlaggebend sind. Ebenso müssen gemäss Interviewperson C (vgl. Z. 317-319) Professionelle über die nötigen Fachkompetenzen im Kindeschutzbereich verfügen.

5.2.3 Interprofessionelle Zusammenarbeit

Um den Möglichkeiten und Grenzen der interprofessionellen Zusammenarbeit im Kindeschutzbereich auf den Grund zu gehen, bedarf es einer Auseinandersetzung mit der interprofessionellen Zusammenarbeit, unter welchem der letzte Code definiert wird. Darunter sind die UnterCodes *Netzwerk*, *Rahmenbedingungen*, *Erfolgsfaktoren* und *Hindernisse* sowie *Verbesserungsmöglichkeiten in der Zusammenarbeit* zu unterscheiden.

Netzwerk

Interviewperson C, Zeilen 191-194: «[...] alles was im Bereich vom Kind und vom Jugendlichen sich als Netzwerk auftut, das sind letztlich auch [...] unsere Zusammenarbeitspartner [...]»

Das Netzwerk umfasst die erwähnten involvierten Fachpersonen. Alle drei befragten Interviewpersonen sind sich einig, dass im Kindeschutzbereich viele Fachpersonen involviert sind. Bereits im Abklärungsprozess findet eine Zusammenarbeit mit den KESB und Gerichten statt, von welchen die befragten Interviewpersonen Abklärungsaufträge oder Mandate erhalten. Bereits in den Abklärungsprozessen werden Fachpersonen im Prozess involviert. Für alle drei befragten Interviewpersonen ist die sozialpädagogische Familienbegleitung (SPF) eine der wichtigsten Kooperationspartner*innen. Durch die enge Begleitung der Familien können die befragten Interviewpersonen durch den Austausch mit der SPF mit den Klient*innen an konkreten Zielen arbeiten. Weiter erwähnen alle drei Interviewpersonen Lehrpersonen und die Schulsozialarbeit als weitere wichtige Zusammenarbeitspersonen, welche im Alltag durch Beobachtungen wichtige Erkenntnisse schliessen können. Das Psychiatriezentrum Oberwallis, das Zentrum für Entwicklung und Therapie wie auch Kinderärzt*innen stellen sich je Situation ebenfalls als essenzielle Zusammenarbeitspersonen dar. Wenn es um Platzierungen geht, arbeiten die befragten Interviewpersonen eng mit der Institution Mattini oder mit Pflegefamilien

zusammen. Ebenfalls mit ausserkantonalen Institutionen, wenn Kinder oder Jugendliche ausserkantonale platziert werden. Bei finanziellen Angelegenheiten arbeiten die Beistandspersonen mit dem Sozialmedizinischen Zentrum zusammen. Bei Suchtangelegenheiten können die befragten Interviewpersonen Sucht Wallis miteinbeziehen. Je nach Problemstellung werden weitere Fachpersonen involviert. Die befragten Interviewpersonen zählen hierzu Fachpersonen der Spitex, SIPE, Haushaltshilfe, Dienststelle für Berufsbildung, Empfangsstelle für Asylbewerber*innen und Trait d'Union auf.

Rahmenbedingungen in der Zusammenarbeit

Interviewperson C, Z.244-246: «[...] Also die Grundlage ist ja immer, wir brauchen eine unterzeichnete Einverständniserklärung von den Eltern, dass wir mit den Personen auch zusammenarbeiten können.»

Zu einer der wichtigsten Rahmenbedingungen, welche in der Zusammenarbeit vorausgesetzt wird, zählen alle drei befragten Interviewpersonen den Austausch unter den Fachpersonen auf. Hierzu erwähnen alle drei Interviewpersonen, dass eine von den Eltern unterzeichnete Einverständniserklärung vorliegen muss. Sind die Eltern nicht bereit, die Legitimation der Zusammenarbeit zu geben, können die befragten Interviewpersonen die Einverständniserklärung durch die KESB anfordern. Interviewperson A (vgl. Z. 291-295) sieht die Einwilligung durch die KESB je nach Situation als einen Vorteil, um in der Zusammenarbeit mit den Eltern geschützter zu sein. Weiter erwähnen die befragten Interviewpersonen Gefässe, auf welche sie in der Zusammenarbeit zurückgreifen können. Ein wichtiges Gefäss stellt die kantonale Kindesschutzgruppe dar, in welcher das AKS, die KESB, ein Kinderarzt und das ZET vertreten sind. Interviewperson A (vgl. Z. 745-747) erläutert, dass sich die Fachpersonen in der kantonalen Kindesschutzgruppe über anonymisierte Fälle austauschen. Weiter sehen die befragten Fachpersonen Systemsitzungen und Helfer*innenkonferenzen als sinnvolle Gefässe, in welchen sie sich mit den involvierten Fachpersonen austauschen können. Interviewperson B (vgl. Z. 432-436) äussert sich hierzu, dass durch Systemsitzungen Aufgaben koordiniert und weitere Unterstützungsmöglichkeiten erfasst werden können. Bei den Rahmenbedingungen erwähnt Interviewperson C (vgl. Z. 177-180), dass die Zusammenarbeit mit involvierten Fachpersonen bereits im Mandat umschrieben wird. Dabei werden zusammen mit den involvierten Fachpersonen Modalitäten besprochen, wie die Zusammenarbeit gestaltet und gepflegt werden soll. Durch die Systemsitzungen können gesetzte Ziele überprüft und der Zusammenarbeitsprozess reflektiert werden. In diesem Zusammenhang erwähnt Interviewperson C (vgl. Z. 689-690), dass die Rollen- und Aufgabenklärung der einzelnen Fachpersonen sowie die Klärung der Zuständigkeiten wichtig ist. Für Interviewperson C (vgl. Z. 870-871) ist es zudem wichtig, dass sich alle involvierten Fachpersonen vor Augen führen, dass die Eltern schliesslich den besten Kindesschutz leisten.

Erfolgsfaktoren in der Zusammenarbeit mit dem Netzwerk

Interviewperson B, Z. 149-150: «[...] es ist ja schon wichtig, dass jeder seine Aufgabe abdeckt, welche er auch am besten kann.»

Neben den Rahmenbedingungen in der Zusammenarbeit äussern sich alle drei befragten Interviewpersonen über *Erfolgsfaktoren*. Alle drei befragten Interviewpersonen erwähnen, dass eine Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich hilfreich ist. Um sich gut austauschen zu können, wird die unterzeichnete Einverständniserklärung der Eltern vorausgesetzt, wie die befragten Interviewpersonen verdeutlichen. Auch für Interviewperson A (vgl. Z. 838-839) ist die Zusammenarbeit mit den Fachpersonen wertvoll, da von einem guten Austausch profitiert werden kann. Zudem schätzt Interviewperson A (vgl. Z. 841-848) die Offenheit in der Zusammenarbeit vor allem von Sozialarbeiter*innen. Interviewperson B (vgl. Z. 170-172) findet es vorteilhaft mit den meisten Institutionen im Oberwallis vernetzt zu sein. Durch die verschiedenen Fachpersonen können neue Lösungswege erarbeitet und der eigene Horizont erweitert werden. Weiter ist für Interviewperson B (vgl. Z. 471-480) eine frühe Koordination der involvierten Fachpersonen wichtig, so dass bereits am Anfang eines Prozesses alle Modalitäten geklärt werden können. Durch eine frühe Koordination kann den Klient*innen die nötige Unterstützung angeboten und weitere hilfreiche Fachpersonen können involviert werden. Interviewperson B (vgl. Z. 507-508) verdeutlicht weiter, dass der Informationsfluss gewährleistet und Aufgaben sinnvoll aufgeteilt werden müssen. Auch für Interviewperson C ist eine interprofessionelle Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich immer hilfreich. So können die Interviewpersonen im Prozess durch die verschiedenen Perspektiven und Einschätzungen der Fachpersonen enorm profitieren und die eigene Sichtweise erweitern. Für Interviewperson C (vgl. Z. 719-722) ist eine Zusammenarbeit erfolgsversprechend, wenn die involvierten Fachpersonen über viel Wissen verfügen und alle möglichen Fachpersonen im Unterstützungsprozess beiziehen.

Hindernisse in der Zusammenarbeit mit dem Netzwerk

Interviewperson A, Z. 807-808: «Bevor dass wir die Unterschrift nicht vorlegen können, bekommen wir auch keine Auskunft.»

Neben den Erfolgsfaktoren äussern sich alle drei Interviewpersonen ebenfalls zu *Hindernissen*, welchen sie in der interprofessionellen Zusammenarbeit begegnen. Ein Hindernis in der Zusammenarbeit sehen alle drei befragten Interviewpersonen, wenn keine unterzeichnete Einverständniserklärung der Eltern vorliegt. Dementsprechend können sich die involvierten Fachpersonen nicht austauschen. Weiter sehen die befragten Interviewpersonen ein Hindernis in der Kontexteinbettung und der unterschiedlichen Aufträge der involvierten Fachpersonen. Da Psycholog*innen und Ärzt*innen im freiwilligen Kontext eingebettet sind und über andere Aufträge verfügen, wird dadurch die Zusammenarbeit mit diesen Fachpersonen schwierig. Interviewperson A (vgl. Z. 817-820) begründet dies mit dem Vertrauen der Klient*innen, auf welches sich Psycholog*innen und Ärzt*innen stützen. Ebenfalls berufen sich Psycholog*innen und Ärzt*innen auf die Schweigepflicht, was ein weiteres Hindernis für Interviewperson A (vgl. Z. 831-834) darstellt. Dadurch sind Psycholog*innen und Ärzt*innen mit Gefährdungsmeldungen oder

Informationen eher zurückhaltend, was aus Kindesschutzsicht eine Schwierigkeit darstellen kann. Interviewperson A (vgl. Z. 833-834) macht in diesem Zusammenhang auf die Anzeigepflicht gemäss Art. 54 des Jugendgesetzes Kanton Wallis aufmerksam. Dies hebt die Schweigepflicht von Professionellen auf, wenn schwerwiegende Kindeswohlgefährdungen im Raum stehen. Ein weiteres Hindernis ist für Interviewperson A (vgl. Z. 874-876), wenn den Beistandspersonen die gesamte Verantwortung im Prozess zugeschoben wird. Interviewperson B (vgl. Z. 482-485) sieht ein Hindernis darin, wenn das AKS bei Kindeswohlgefährdungen zu spät in den Prozess involviert wird. Dadurch kann laut Interviewperson B (vgl. Z. 496-502) keine optimale Koordination gemacht werden und die involvierten Fachpersonen profitieren nicht von demselben Informationsstand. Weiter sieht Interviewperson B (vgl. Z. 525-527) ein Hindernis darin, wenn involvierte Fachpersonen nicht auf das ganze System schauen, sondern nur einzelne Klient*innen miteinbeziehen. Für Interviewperson C (vgl. Z. 693-701) stellen ungenügendes Wissen über die eigenen Kompetenzen und Grenzen sowie von den involvierten Fachpersonen Hindernisse in der Zusammenarbeit dar. Ebenfalls, wenn involvierte Fachpersonen keine Kenntnis über die Aufgabenbereiche der anderen haben und sich untereinander nicht austauschen. Weiter findet Interviewperson C (vgl. Z. 713-714), dass die interprofessionelle Zusammenarbeit nicht von allen gleich gelebt wird, was sich je nach Kontext unterscheidet. Für Interviewperson C (vgl. Z. 714-716) ist es wichtig, dass das Netzwerk immer wieder neu gepflegt und neu verstanden wird.

Verbesserungsmöglichkeiten der Zusammenarbeit

Interviewperson B, Z. 596-597: « [...] man kann in jeder Zusammenarbeit etwas verbessern. »

Neben den Hindernissen und Erfolgsfaktoren der Zusammenarbeit äussern sich alle drei befragten Interviewpersonen zu Verbesserungsmöglichkeiten in der Zusammenarbeit mit dem Netzwerk. Sie erwähnen dazu, dass Angebote von Institutionen im Oberwallis erweitert werden müssten. Für Interviewperson B (vgl. Z. 555-561) besteht der Bedarf an Abklärungsstationen, geschlossenen Einrichtungen, Kinderstationen von null bis sieben Jahren und mehr spezialisierten Institutionen. Durch weitere spezialisierte Angebote können den Klient*innen durch die Zusammenarbeit mit den Fachpersonen optimale Unterstützungsmöglichkeiten angeboten werden. Für Interviewperson A (vgl. Z. 890-892) ist klar, dass die Zusammenarbeit durch ein grösseres Miteinander verbessert werden kann. Ebenfalls, dass die Verantwortung nicht nur bei den Erziehungsbeistandspersonen liegt, sondern die involvierten Fachpersonen gemeinsam nach Lösungen suchen. Die Professionalisierung der KESB ist für Interviewperson B (vgl. Z. 586-589) ebenfalls notwendig, damit sie sich künftig auf einheitliche Entscheidungsprozesse einlassen können. Ebenfalls findet Interviewperson B (vgl. Z. 599-601), dass die Zusammenarbeit durch die eigene Reflektion sowie durch Gespräche mit involvierten Fachpersonen optimiert werden kann. Interviewperson C (vgl. Z. 779-786) erwähnt, dass die Zusammenarbeit durch geleitete Kindesschutzfallkonferenzen, die Stärkung der interorganisationalen Zusammenarbeit und durch gemeinsame Weiterbildung der involvierten Fachpersonen optimiert werden kann. Durch die gemeinsame Weiterbildung können involvierte Fachpersonen von der Klärung und Abgrenzung der eigenen Aufgaben sowie den

Aufgaben von den anderen Fachpersonen profitieren. Ebenso zeigt Interviewperson C (vgl. Z. 800-801) auf, dass die gegenseitige Beziehung der involvierten Fachpersonen immer wieder neu gepflegt werden muss, da sich die Berufsfelder wie auch die Fachpersonen selbst stets weiterentwickeln.

6 Diskussion

Dieses Kapitel befasst sich mit den Erkenntnissen der ausgewerteten Daten. Ausgehend von der Forschungsfrage: «Wie schätzen Beistandspersonen des Amtes für Kinderschutz im Oberwallis die Möglichkeiten und Grenzen der interprofessionellen Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich ein?» werden die gewonnenen Daten anhand der Hypothesen sowie mit Bezug zur erarbeiteten Theorie diskutiert.

6.1 Diskussion der ersten Hypothese

Die befragten Beistandspersonen des Amtes für Kinderschutz im Oberwallis sehen Erfolgsfaktoren in der interprofessionellen Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich.

Durch die empirische Untersuchung konnten von den befragten Beistandspersonen einige Erfolgsfaktoren in der interprofessionellen Zusammenarbeit aufgezeigt werden. Zusammenfassend konnte erfasst werden, dass sich die interprofessionelle Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich für die Beistandspersonen hilfreich zeigt. Eine Zusammenarbeit mit involvierten Fachpersonen ist bereits in der Abklärungsphase notwendig, um Kindeswohlgefährdungen professionell abklären zu können. Bei der Mandatsführung wird eine bestehende Zusammenarbeit mit involvierten Fachpersonen weitergeführt und es werden weitere relevante Fachpersonen beigezogen. Der Austausch unter den involvierten Fachpersonen wird in der interprofessionellen Zusammenarbeit als Erfolgsfaktor gesehen, da sich durch die verschiedenen Professionellen neue Perspektiven aufzeigen und die Beistandspersonen so den eigenen Horizont erweitern können. Einen weiteren Erfolg in der Zusammenarbeit verzeichnen die befragten Beistandspersonen, wenn eine unterzeichnete Einverständniserklärung der Eltern vorliegt. Die Einverständniserklärung der Eltern legitimiert die involvierten Fachpersonen zu einem transparenten Austausch untereinander. Durch Austauschgefässe wie Systemsitzungen, Helfer*innenkonferenzen oder die kantonale Kindesschutzgruppe können die befragten Beistandspersonen von den verschiedenen professionellen Hintergrundwissen der involvierten Fachpersonen profitieren. Zudem helfen solche Austauschgefässe, gemeinsam die bestmögliche Lösung für Klient*innen herauszuarbeiten. Durch eine frühe Koordination der Aufgaben und Verantwortlichkeiten kann eine effiziente und erfolgreiche interprofessionelle Kooperation stattfinden. Dies führt zu einer optimalen Bearbeitung der Problemstellungen von den Klient*innen. Ebenfalls können weitere relevante Fachpersonen in den Prozessen miteinbezogen und Unterstützungsmöglichkeiten für Klient*innen sichergestellt werden. Durch eine frühe Koordination wird der Informationsfluss unter allen involvierten Fachpersonen gesichert, was sich in der interprofessionellen Zusammenarbeit als wichtig herausstellt.

Wie Merten und Kaegi (2016, 11) aufzeigen, wird eine Zusammenarbeit durch institutionelle Vorgaben vorausgesetzt. Dies zeigt sich ebenfalls durch die Beschreibung der

Aufgaben bei den erteilten Mandaten in der Beistandschaft. Auch Merten (2015, 65f) erwähnt die festen Strukturen wie institutionalisierte Meetings als Erfolgsfaktoren, in welchen sich die involvierten Fachpersonen austauschen können. Ebenfalls erwähnen Merten und Kaegi (2016,13), dass es einen gesicherten Informationsfluss braucht, um von einer gelingenden interprofessionellen Zusammenarbeit sprechen zu können. Auch bedarf es eine vorgängige Klärung des Zwecks der Kooperation sowie eine Vereinbarung von Zuständigkeiten, Abläufen und Verantwortungsbereichen, wie Merten und Kaegi (2016, 65f) weiter aufzeigen. Merten und Kaegi (2016, 65f) verweisen darauf hin, dass Fachpersonen involviert werden müssen, welche einen optimalen Lösungsbeitrag zu den vorliegenden Problemstellungen beitragen können. Dies konnte durch die Befragung der Beistandspersonen ebenfalls aufgezeigt werden. Die Fachpersonen werden vielfach durch die Systemsitzungen und Koordination am Anfang des Prozesses miteinbezogen. Bronstein (2003, 300) sieht die Zusammenführung von Wissen aus verschiedenen Professionen als einen Erfolgsfaktor, um komplexe Problemstellungen zu bearbeiten. Dies wurde durch die Befragungen ebenfalls als klarer Erfolgsfaktor in der Zusammenarbeit beschrieben. Durch die Zusammenführung von den verschiedenen Professionen, können Beistandspersonen von verschiedenen Perspektiven profitieren und gemeinsam auf neue, optimale Lösungswege gelangen. Auch Obrecht (2006, 427) sieht das Ziel der interprofessionellen Zusammenarbeit darin, Probleme effektiv und effizient zu lösen. Durch die Ausarbeitung der Erfolgsfaktoren in interprofessionellen Kooperationsprozessen kann das Ziel erreicht werden.

Zusammenfassend konnten durch die erhobenen Daten einige Erfolgsfaktoren der interprofessionellen Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich aus Sicht der Beistandspersonen aufgezeigt werden, die zu einer hilfreichen Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich führen. Aus den erhobenen Daten in Zusammenhang mit den theoretischen Bezügen lässt sich die erste Hypothese somit eindeutig bestätigen.

6.2 Diskussion der zweiten Hypothese

Die befragten Beistandspersonen des Amtes für Kinderschutz im Oberwallis sehen Hindernisse in der interprofessionellen Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich.

Durch die Befragung der Beistandspersonen konnten neben Erfolgsfaktoren ebenfalls Hindernisse aufgezeigt werden, welche in interprofessionellen Kooperationsprozessen im Kindesschutzbereich auftreten. Für die befragten Beistandspersonen stellen nicht unterzeichnete Einverständniserklärungen der Eltern Hindernisse in der Zusammenarbeit dar. Wenn die Einverständniserklärung nicht vorliegt, können sich die involvierten Fachpersonen untereinander nicht austauschen. Weiter werden Hindernisse darin gesehen, dass involvierte Fachpersonen unterschiedliche Aufträge haben und in verschiedene Kontexte eingebettet sind. Dadurch, dass die Beistandspersonen im Zwangskontext eingebettet sind, wird eine Zusammenarbeit mit Fachpersonen schwierig - besonders mit Professionellen, welche im freiwilligen Bereich tätig sind. Weiter gestaltet sich die Zusammenarbeit schwierig, wenn Professionelle über unterschiedliche Aufgaben sowie Rollen verfügen. Durch die Befragungen konnte zudem klar aufgezeigt werden, dass Hindernisse vielfach in der Zusammenarbeit mit Psycholog*innen und Ärzt*innen

gesehen werden. Damit einher spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. Beispielsweise, dass sich Psycholog*innen und Ärzt*innen auf ihre Schweigepflicht oder auf das Vertrauen der Klient*innen stützen. Aus diesem Grund erhalten Beistandspersonen keine Informationen zu den Klient*innen, auch wenn diese im Rahmen von Kindeswohlgefährdungen erforderlich wären. Besonders Interviewperson A machte auf den Art. 54 vom kantonalen Jugendgesetz aufmerksam, welche im Kindes- und Jugendbereich tätige Professionelle dazu verpflichtet, bei Kindeswohlgefährdungen Meldungen zu machen. Eine Meldung ist in gewissen Situationen von Psycholog*innen und Ärzt*innen trotz der Meldepflicht nicht zu erwarten, was Hindernisse in der interprofessionellen Zusammenarbeit mit sich bringt. Da sich Kindeswohlgefährdungen so erst zu einem späteren Zeitpunkt herausstellen und dementsprechend keine frühe Koordination gemacht werden kann. Zu weiteren Hindernissen zählen die Beistandspersonen die verschiedenen Rollen, Fachwissen und die Nicht-Kommunikation. Diese Faktoren werden als feste Bestandteile gelingender Zusammenarbeit gesehen.

Die Klärung der Erwartungen und Ressourcen der involvierten Fachpersonen sind fester Bestandteil einer gelingenden Zusammenarbeit, wie in der Theorie durch Merten und Kaegi (2016,13) aufgezeigt wird. Durch die Datenanalyse kann festgestellt werden, dass in der Praxis den Beistandspersonen meistens die gesamte Verantwortung zugeschoben wird, was diese wiederum Hindernisse in der interprofessionellen Zusammenarbeit darstellt. Merten und Kaegi (2016,13) zeigen weiter auf, dass in Kooperationen Konflikte entstehen, wenn involvierte Fachpersonen über gegensätzliche Ziele, Bedeutungen und Werte verfügen. In Ihrem Rahmenmodell zeigen Merten und Kaegi (2016, 12) ebenfalls auf, wie wichtig der Miteinbezug der ganzheitlichen Sichtweise der involvierten Fachpersonen ist. In den Befragungen erlebten die Beistandspersonen die Zusammenarbeit schwieriger, wenn sich involvierte Fachpersonen nicht auf das ganze System fokussierten, sondern nur einzelne Klient*innen betrachteten. Weiter ist zu vermerken, dass die Offenheit, Kommunikationsfähigkeit ebenfalls vorausgesetzt wird, wie Merten (2016, 12) aufzeigt. Durch die Befragungen konnte ebenfalls festgestellt werden, dass sich Hindernisse in der interprofessionellen Zusammenarbeit ergeben, wenn involvierte Fachpersonen nicht offen zusammenarbeiten oder gar wenig miteinander kommunizieren.

Aufgrund der Darstellung der Hindernisse, welchen die befragten Beistandspersonen in der interprofessionellen Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich begegnen, kann die zweite Hypothese somit ebenfalls bestätigt werden.

7 Schlussfolgerungen

Im Folgenden runden letzte Schlussfolgerungen das vorliegende Forschungsvorhaben ab. Hinzu kommt eine Stellungnahme zur Forschungsfrage sowie den zu Beginn der Arbeit festgelegten Zielen. Weiter gilt es, mit Blick auf die Analyse mögliche Grenzen und Chancen aufzuzeigen sowie weiterführende Forschungsfragen aufzugreifen. Die Darlegung von berufsrelevanten Schlussfolgerungen geht dann der abschliessenden Reflektion des gesamten Lernprozesses voraus.

7.1 Stellungnahme zur Forschungsfrage und den Zielen

Das Forschungsinteresse der vorliegenden Bachelorarbeit zielt darauf ab, Möglichkeiten und Grenzen der interprofessionellen Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich aufzuzeigen. Durch die Untersuchung beim Amt für Kinderschutz im Oberwallis stellen die befragten Beistandspersonen diverse Erfolgsfaktoren und Hindernisse in der interprofessionellen Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich fest. Anhand der theoretischen Ausarbeitung und der empirischen Untersuchung lässt sich ein Theorie-Praxis-Bezug herstellen. Die Fragestellung «Wie schätzen Beistandspersonen des Amtes für Kinderschutz im Oberwallis die Möglichkeiten und Grenzen der interprofessionellen Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich ein?» kann durch die Ergebnisse der empirischen Untersuchung, verbunden mit dem theoretischen Teil und der Diskussion der Hypothesen, beantwortet werden. Durch die Darstellung der Erfolgsfaktoren lassen sich Möglichkeiten in der interprofessionellen Kooperation mit involvierten Fachpersonen feststellen. Hingegen zeigen die Beistandspersonen durch die Hindernisse, Grenzen sowie Optimierungsmöglichkeiten der interprofessionellen Zusammenarbeit auf. Zusammenfassend lässt sich daraus schliessen, dass die Beistandspersonen die interprofessionelle Zusammenarbeit schätzen, da sich daraus verschiedene Perspektiven öffnen, auf welche sie im professionellen Handeln zurückgreifen können. Jedoch kann die interprofessionelle Zusammenarbeit durch nicht geklärte Rollen, Verantwortlichkeiten sowie durch Nicht-Kommunikation erschwert werden. Es lässt sich schlussfolgern, dass sich durch die Erhaltung der Erfolgsfaktoren und Minderung der Hindernisse für alle beteiligten Fachpersonen Möglichkeiten ergeben, welche zur Lösung komplexer Probleme von Klient*innen beitragen.

Die festgelegten Ziele der vorliegenden Bachelorarbeit wurden erreicht, indem theoretische Konzepte zur interprofessionellen Zusammenarbeit dargelegt wurden sowie eine Auseinandersetzung mit zentralen Begriffen und dem gesetzlichen Kontext stattfand. Auch konnten die Soziale Arbeit als Profession sowie professionelle Handlungsmethoden näher aufgegriffen werden. Zudem wurde mittels der Befragung eine Forschungsmethode angewandt und das Datenmaterial nach einer Auswertungsmethode analysiert.

7.2 Grenzen der Bachelorarbeit und weiterführende Fragestellungen

Aufgrund der Einschränkung auf das Oberwallis bestand die Gefahr, dass sich die Beistandspersonen zur Thematik nicht kritisch äussern würden. Dennoch ist eine kritische Auseinandersetzung der interprofessionellen Zusammenarbeit spürbar. Bereits diese

wenigen Überlegungen zeigen, dass das vorliegende Forschungsinteresse sowie die gewonnenen Erkenntnisse zahlreiche Anknüpfungsmöglichkeiten für weiterführende Forschungsfragen anbieten. Im Rahmen einer Untersuchung mit mehr zeitlichen Ressourcen, wäre nebst der Inhaltsanalyse eine zusätzliche Anwendung der Gruppendiskussion mit verschiedenen Professionellen im Kindesschutzbereich denkbar. Dies würde die bereits gewonnenen Daten aus Sicht von anderen Professionellen ergänzen. In der vorliegenden Bachelorarbeit wurde nicht konkret aufgegriffen, wie Beistandspersonen mit Hindernissen in der interprofessionellen Zusammenarbeit umgehen. Daraus lässt sich die Frage herleiten, welche Strategien Beistandspersonen anwenden, wenn Hindernisse in der interprofessionellen Zusammenarbeit auftreten. Da die Professionalisierung der KESB im Wallis im Gange ist, könnte weiter erforscht werden, welchen Einfluss die Professionalisierung der KESB im Oberwallis auf die interprofessionelle Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich hat. Solche und ähnliche Denkanstösse sind vielversprechende Forschungsvorhaben und ermöglichen Professionellen sich weiterhin mit der interprofessionellen Zusammenarbeit auseinandersetzen.

7.3 Berufsrelevante Schlussfolgerungen

Die vorliegende Arbeit zeigt die interprofessionelle Zusammenarbeit in einem spezifischen Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit auf. Jedoch betrifft die Thematik nicht nur den Kindesschutzbereich, sondern die meisten Berufsfelder der Sozialen Arbeit. Die Relevanz zeigt sich für alle involvierten Professionellen, sich mit interprofessionellen Kooperationsprozessen auseinanderzusetzen, um komplexe Problemstellungen der Klient*innen zu bearbeiten. Es bedarf einer Auseinandersetzung mit der eigenen Profession und der eigenen Fachperson. Es ist klar, dass Erfolgsfaktoren in der interprofessionellen Zusammenarbeit weiter ausgebaut werden und Hindernisse möglichst gemindert werden müssen. Dies geschieht, indem ein Bewusstsein der Wichtigkeit der interprofessionellen Zusammenarbeit bei den Professionellen entwickelt wird. Ein geregelter Informationsfluss, das gegenseitige Aufgaben-, Auftrags- und Rollenverständnis, ein umfassendes Wissen im jeweiligen Themenbereich sollte von allen involvierten Fachpersonen sowie Institutionen gefördert werden. Es ist zudem wichtig, Austauschgefässe wie Systemsitzungen zu nutzen, um einen geregelten Informationsfluss zu generieren. Allgemein zeigt sich eine Auseinandersetzung mit der interprofessionellen Zusammenarbeit für Sozialarbeiter*innen gewinnbringend, da sie sich mit dem professionellen Handeln auseinandersetzen. Basierend auf der vorliegenden Bachelorarbeit werden Handlungsempfehlungen der interprofessionellen Zusammenarbeit im Oberwallis klar. Fachpersonen im Kindesschutzbereich wird empfohlen gut geleitete Kindesschutzfallkonferenzen zu führen, welches ebenfalls als Optimierungsmöglichkeit von den Interviewpersonen genannt wurde. Durch gut geleitete Kindesschutzfallkonferenzen könnten Aufgaben, Rollen und Grenzen von allen involvierten Fachpersonen geklärt werden. Durch diese klaren Aufträge und Rollen werden Hindernisse gemindert und Fachpersonen können von einem effektiveren und effizienteren Austausch profitieren. Konkret könnte die kantonale Kindesschutzgruppe im Oberwallis mehr genutzt sowie optimiert werden. Wie es bei der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) im Wallis im Bereich der beruflichen und sozialen Wiedereingliederung gemacht wird, wäre ein solches Gefäss im Kindesschutzbereich ebenfalls denkbar.

7.4 Reflexion des persönlichen Lernprozesses

Durch die vertiefte Auseinandersetzung mit der Kindesschutzthematik sowie der interprofessionellen Zusammenarbeit kann die Autorin als angehende Sozialarbeiterin vom umfassenden Fachwissen profitieren. So kann sich die Autorin künftig in der Praxis auf Erfolgsfaktoren stützen und Hindernisse minimieren. Der Autorin wurde ebenfalls vor Augen geführt, wie wichtig eine umfassende Kommunikation unter den Professionellen ist und, dass Austauschgefässe genutzt werden sollten. Zudem zeigte sich der Autorin die Relevanz der verschiedenen Rollen, Aufgaben und Grenzen der involvierten Fachpersonen, welche es in einer gelingenden Zusammenarbeit zu beachten gilt. Ebenfalls ist es wichtig, das eigene Handeln stets zu reflektieren sowie offen zu kommunizieren. Die Erarbeitung der vorliegenden Bachelorarbeit stellte für die Autorin einen intensiven, aber dennoch lehrreichen Prozess dar. Die Begleitung und Unterstützung durch die Begleitdozentin sowie die absolvierten Moduleinheiten zu den einzelnen Etappen der Bachelorarbeit zeigten sich äusserst hilfreich, um eine erste empirische Forschung durchzuführen. Durch die Durchführung der Interviews kann die Autorin von einem gewinnbringenden Austausch mit Sozialarbeiter*innen im Kindesschutzbereich zurückblicken. Ebenso kann auf eine erste Untersuchung in diesem Bereich im Oberwallis geblickt werden.

8 Literaturverzeichnis

AvenirSocial. Berufsverband der Professionellen der Sozialen Arbeit (Hrsg.). *Dossier: Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz. Ein Argumentarium für die Praxis der Professionellen*. [online]. Bern: 2010. URL: https://www.hilfswerkuri.ch/fileadmin/user_upload/documents/ueber-uns/Berufskodex_Soziale-Arbeit-Schweiz.pdf (10.08.2020).

Bericht des Bundesrates in Erfüllung der Postulate 14.3776, 14.3891, 14.4113 und 15.3614 vom 29.03.2017: Erste Erfahrungen mit dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, COO.2180.109.7.210463 / 232.1/2014/00005.

Bronstein, Laura R. «A Model for Interdisciplinary Collaboration.» In: *Social Work* [online]. Volume 48, 2003, 3, S. 297-306. URL: <https://academic.oup.com/sw/article-abstract/48/3/297/1941702> (20.12.2020).

Fäh, Barbara. «Vorwort aus der Hochschule». In: Merten, Ueli. Kaegi, Urs. *Kooperation kompakt. Professionelle Kooperation als Strukturmerkmal und Handlungsprinzip der Sozialen Arbeit* Opladen, Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich, 2015. S. 7-9.

Flick, Uwe. *Sozialforschung. Methoden und Anwendungen. Ein Überblick für die BA-Studiengänge*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag, 2009.

Groupe romand de coordination Travail de Bachelor. HEF-TS. HES-SO. HETS. EESP. (Hrsg.). *Ethik-Kodex für die Forschung*. 2008.

Hochuli Freund, Ursula. Stotz, Walter. (Hrsg.) *Kooperative Prozessgestaltung in der Praxis. Materialien für die Soziale Arbeit*. Stuttgart: W. Kohlhammer, 2017.

Jugendgesetz vom 11. 05. 2000 des Kanton Wallis, (850.4).

Kaiser, Gabriela. «Zusammenarbeit im Kinderschutz – Interdisziplinär und interinstitutionell.» In: *Pädiatrie. Schweizer Fortbildungszeitschrift für Pädiater und Allgemeinärzte*. [online]. 2017. 3. S.21-24. URL: <https://www.rosenfluh.ch/paediatric-2017-03/zusammenarbeit-im-kinderschutz> (15.04.2021).

Kanton Wallis. Amt für Kinderschutz [online]. Sitten: s.d. URL: <https://www.vs.ch/de/web/scj/oje> (10.08.2020).

Kanton Wallis. Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde [online]. Sitten: s.d. URL: <https://www.vs.ch/de/web/sjsj/caracteristiques-et-organisation-des-apea> (10.08.2020).

Kanton Wallis. Rechtsangelegenheiten im Bereich Sicherheit und Justiz. Gesetzgebungsmethodik. [online]. Sitten: 2020. URL: <https://www.vs.ch/de/web/rapport-annuel-2020/affaires-juridiques-de-la-s%C3%A9curit%C3%A9-et-de-la-justice> (07.01.2021).

Kinderschutz Schweiz (Hrsg.). Brunner, Sabine. *Dossier: Früherkennung von Gewalt an kleinen Kindern. Leitfaden für Fachpersonen im Frühbereich*. 2. aktualisierte Aufl. Bern: 2020. URL: https://www.kinderschutz.ch/media/z3gdjq2u/kss_leitfaden_2_de_web.pdf (07.01.2021).

Kinderschutz Schweiz. *Das System des Kinderschutzes in der Schweiz* [online]. Bern: 2020. URL: <https://www.kinderschutz.ch/de/das-system-des-kinderschutzes-in-der-schweiz.html> (09.08.2020).

Kinderschutz Schweiz (Hrsg.). Hauri, Andrea. Zingaro, Marco. *Dossier: Kindeswohlgefährdung erkennen und angemessen handeln. Leitfaden für Fachpersonen aus dem Sozialbereich*. 2. aktualisierte Aufl. Bern: 2020. URL: https://www.kinderschutz.ch/media/zanoybnp/06_kss_leitfaden_3_071220_de_web.pdf (07.01.2021).

Komitee für UNICEF Schweiz und Liechtenstein. *Factsheet: Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes*. Zürich: 2021.

Lenz-Becker, Roland. Busse, Stefan. Ehlert, Gudrun. Müller-Hermann, Silke (Hrsg.). *Professionalität in der Sozialen Arbeit*. 3. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, 2013.

Mayring, Phillip. *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. 12. aktualisierte Aufl. Weinheim und Basel: Beltz Verlag, 2015.

Merten, Ueli. «Professionelle Kooperation: Eine Antwort auf die Zersplitterung und Ausdifferenzierung sozialer Dienstleistungen». In: *Kooperation kompakt. Professionelle Kooperation als Strukturmerkmal und Handlungsprinzip der Sozialen Arbeit*. Opladen, Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich, 2015. S. 21-69.

Merten, Ueli. Kaegi, Urs. «Zur Relevanz der Kooperation in der Sozialen Arbeit.» In: *AvenirSocial* (Hrsg.). *SozialAktuell. Die Fachzeitschrift für Soziale Arbeit*. Jg. 48. Nr. 1, 2016. S. 10-14.

Obrecht, Werner. «Die Struktur professionellen Wissens – Ein integrativer Beitrag zur Theorie der Professionalisierung». In: Becker-Lenz, Roland. Busse, Stefan. Ehlert, Gudrun. Müller, Silke. *Professionalität in der Sozialen Arbeit*. 3. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, 2013. S.63-64.

Rosch, Daniel. Hauri, Andrea. «Kinderschutzeschutz». In: Rosch, Daniel. Fountoulakis, Christiana. Heck, Christoph. (Hrsg.). *Handbuch Kindes- und Erwachsenenschutz. Recht und Methodik für Fachleute*. 2. aktualisierte Aufl. Bern: Haupt, 2018. S. 459-483.

Rosch, Daniel. Maranta, Luca (Hrsg.) *Leitfaden für Berufsbeiständinnen und Berufsbeistände. Systematik und Wissensbausteine für die Mandatsführung*. 2. Aufl. Bern: hep Verlag, 2019.

Schmocker, Beat. «Die IFSW/IASSW Definition der Sozialen Arbeit von 2014». In: *AvenirSocial. Berufsverband Soziale Arbeit Schweiz* [online]. URL: <https://www.ifsw.org/wp-content/uploads/2019/07/definitive-deutschsprachige-Fassung-IFSW-Definition-mit-Kommentar-1.pdf> (20.11.2020).

Schneiter, Ernst J. *Zivilgesetzbuch, Obligationenrecht, SchKG, BV und weitere Erlasse*. 16. aktualisierte Aufl. Zürich: Orell Füssli, 2019.

Staub-Bernasconi, Silvia. «Der Professionalisierungsdiskurs zur Sozialen Arbeit (SA/SP) im deutschsprachigen Kontext im Spiegel internationaler Ausbildungsstandards – Soziale Arbeit eine verspätete Profession? » In: Becker-Lenz, Roland. Busse, Stefan. Ehlert, Gudrum. Müller, Silke. *Professionalität in der Sozialen Arbeit*. 3. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, 2013. S. 26.

Vogel, Urs. «Beistandschaften nach Art. 306 Abs. 2 ZGB». In: Rosch, Daniel. Fountoulakis, Christiana. Heck, Christoph. (Hrsg.). *Handbuch Kindes- und Erwachsenenschutz. Recht und Methodik für Fachleute*. 2. aktualisierte Aufl. Bern: Haupt, 2018. S. 484-490.

Werner, Obrecht. «Interprofessionelle Kooperation als professionelle Methode». In: Schmocker, Beat (Hrsg.). *Liebe, Macht und Erkenntnis. Silvia Staub-Bernasconi und das Spannungsfeld Sozialer Arbeit*. Luzern: Lambertus, 2006. S. 408-445.

9 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Hochuli Freund, Ursula. Stotz, Walter. «Prozessmodell Kooperative Prozessgestaltung» In: *Kooperative Prozessgestaltung in der Praxis. Materialien für die Soziale Arbeit*. S. 180

Abbildung 2: Merten, Ueli. «Kooperation als intendierte Zusammenarbeit und ihre Leitprinzipien» In: *Kooperation kompakt. Kooperation als Strukturmerkmal und Handlungsprinzip der Sozialen Arbeit*. S. 42.

Abbildung 3: Bronstein, Laura R. «Components of an interdisciplinary Collaboration Model». In: *A Model for Interdisciplinary Collaboration*. S. 299.

Abbildung 4: Bronstein, Laura R. «Influences of interdisciplinary Collaboration» In: *A Model for Interdisciplinary Collaboration*. S. 303.

Abbildung 5: Rosch, Daniel. «Sozialarbeiterisch geprägtes Subsumtionsmodell» In: *Leitfaden für Berufsbeiständinnen und Berufsbeistände. Systematik und Wissensbausteine für die Mandatsführung*. S. 7.

10 Anhang

10.1 Mandatsführung in der Beistandschaft

Den ersten Schritt der Mandatsführung bildet die Mandatsaufnahme. Im Kinderschutz geht es darum, die Kindeswohlgefährdung gemäss Art. 307 ZGB abzuklären. Anhand der Abklärung erfolgt ein Entscheid der KESB und eine Beistandsperson wird entsprechend eingesetzt, welche das Mandat übernimmt, wie Rosch (2019, 6) beschreibt. In diesem Zusammenhang ist eine Zusammenarbeit der Beistandsperson und der KESB wichtig.



Abbildung 5: sozialarbeiterisch geprägtes Subsumtionsmodell nach Rosch 2019, 7

Das von Rosch (2019, 7) dargestellte Subsumtionsmodell stützt sich auf das Handlungsmodell von Staub-Bernasconi (2007, 204f), welches die normative Handlungstheorie umfasst. Nach Abschluss der Abklärung umfasst der erste Schritt im Rahmen der Mandatsführung die Analyse und Systematisierung des Beschlusses von der KESB. Wie auf dem Subsumtionsmodell abgebildet geht es darum, eine Kurzeinschätzung anhand der biologischen, psychologischen und sozialen Situation des Kindes sowie der Schutzbedürftigkeit zu erfassen. Rosch (2019, 13) macht diesbezüglich auf den Fokus der Risiko- sowie Schutzfaktoren im Kinderschutz aufmerksam. Hinweise, welche auf eine Kindeswohlgefährdung deuten sowie die Ausgangslage der KESB und die damit verbundenen Hypothesen werden in diesem Schritt in Betracht gezogen. Dadurch, dass Belastungen je nach Fähigkeiten und Resilienz des Kindes bewältigt werden können, ist die individuelle Veranschaulichung der Fälle wichtig. Weiter soll die Prognose helfen, Zukunftsszenarien zu entwickeln, welche sich von der Situationsanalyse ableiten lassen. Die Leitfrage in der Prognose lautet nach Rosch (2019, 15) daher: «Was tritt wahrscheinlich ein?». Mit der sogenannten Szenariotechnik kann anhand der Situationsanalyse vermutet werden, welche Szenarien wahrscheinlich eintreffen. Beim Ziel wird der Grund sowie die Wirkung der Intervention der KESB angeschaut. Gemäss Rosch (2019, 16) sind die Interventionen zu konkretisieren. Freiwillige Hilfs- und Unterstützungsmassnahmen sind immer an erster Linie zu stellen, sofern diese die Gefährdung ausreichend beseitigen. Mit dem geht das Subsidiaritätsprinzip, welches bereits aufgegriffen wurde, einher. Bei den behördlichen Massnahmen oder Interventionen gilt es zu schauen, welche Interventionen oder Massnahmen von der Behörde im Entscheid angeordnet worden sind, so Rosch (2019, 17). Weiter ist zu überprüfen, ob die Massnahmen dem Verhältnismässigkeitsprinzip entsprechen. Nach diesen Schritten wird von der Beistandspersonen ein Entscheid gefällt und ein Antrag an die zuständigen KESB gestellt.

Bevor es zu einem Erstkontakt zwischen den Klient*innen beziehungsweise dem Familiensystem und den Beistandspersonen kommt, ist eine Vorbereitung nötig. Die Einschätzung der aktuellen Situation sowie offene Punkte sollten gemäss Rosch (2019, 19f) bestmöglich vorbereitet werden. Auch wenn Erstgespräche vielfach von Unsicherheiten und Ungewissheiten geprägt sind, sind sie essenziell und entscheiden über das Gelingen der Zusammenarbeit. Dabei ist es wichtig, im Erstgespräch den Entscheid der KESB zu thematisieren und wenn nötig zu klären. Erstgespräche sind im Zwangskontext oftmals herausfordernd und eine aktive Gestaltung der Beistandspersonen wird vorausgesetzt. Rosch (2019, 21) erwähnt, dass durch eine ehrliche und offene Haltung der Beistandspersonen das Vertrauen der Klient*innen gefördert werden kann.

Der zweite Schritt in der Mandatsführung liegt in der Planung sowie Umsetzung des Mandates, welcher nach Rosch (2019, 24) auf das Erstgespräch folgt. Die Mandatsplanung sowie -umsetzung werden als Kern der Mandatsführung gesehen. Die Rolle der Beistandspersonen und die Aushandlungsprozesse mit den Klient*innen sind dabei zentral. Bei der Rollenklärung sind die von der Gesellschaft an die Beistandspersonen gerichteten Erwartungen miteinzubeziehen. Weiter sind die Aufgaben der Beistandspersonen zu berücksichtigen, welche durch den Auftrag bestimmt werden. Durch den Mitbezug der Klient*innen werden Handlungsziele abgeleitet, durch welche schliesslich ein Handlungsplan entsteht. Der allgemeine Auftrag der Beistandspersonen wird von öffentlichem Interesse des Kindesschutz abgeleitet. In diesem Zusammenhang erwähnt Rosch (2019, 26) ebenfalls, dass der Schutz von Kindeswohlgefährdeten Minderjährigen im Vordergrund steht. Im Art. 400 bis 413 ZGB sind weitere Bestimmungen aufgeführt, welche Hilfe und Orientierung in der Mandatsführung bieten. Gemäss Rosch (2019, 26) sind die Bereiche in allgemeine Aufgaben, Vermögenssorge, Personensorge und Vertretungshandlungen unterteilt. Beispielsweise erhalten Beistandspersonen von der KESB eine Vertretungs- oder Rechtsmacht, um Gefährdungssituationen zu mindern oder zu beseitigen, so Rosch (2019, 27).

Der dritte Schritt umfasst die Mandatsauswertung und Mandatsanpassung. Dazu findet in der Regel alle zwei Jahre eine Standortbestimmung zusammen mit den Klient*innen sowie der Beistandspersonen statt, wie im Art. 410 Abs.1 ZGB ersichtlich ist. Dabei geht es laut Rosch (2019, 42) um die Auswertung und Anpassung der bisherigen Mandatsführung sowie um die Definition neuer Ziele. Um eine zielführende Soziale Arbeit gewährleisten zu können, werden regelmässige Auswertungen der Mandatsführung vorausgesetzt. Die Evaluation der Mandatsführung soll zu einem gemeinsamen Rückblick auf Erfolge und Misserfolge führen und künftig eintretende Interventionen resultieren. Die sozialarbeiterische Standortbestimmung dient gemäss Rosch (2019, 43) einer Auswertung des Handlungsplans. Die Beistandspersonen können die Standortbestimmung ebenfalls als Rechenschaftsbericht nutzen, welche die Aufsicht der KESB über die Mandatsträgerschaft sowie deren Handlungen bezweckt. Allgemein soll der dritte Schritt der Neuüberprüfung, Notwendigkeit sowie Qualitätssicherung der Massnahmen dienen.

Im letzten Schritt wird das Mandatsende aufgegriffen. Gemäss Rosch (2019, 52) kann ein Mandat gemäss den in den Art. 399 und 421 bis 423 ZGB genannten Gründen

enden. Beispielsweise endet ein Mandat gemäss Art. 421 ZGB, wenn bei Kindesschutzmassnahmen die Volljährigkeit eintritt, wenn die Person gemäss Art. 399 Abs.1 ZGB stirbt, Massnahmen gemäss Art. 399 Abs. 2 ZGB nicht mehr erforderlich sind und aufgehoben werden. Oder wenn das Mandat bei Wohnsitzwechsel durch eine neue Behörde übernommen wird.

10.2 Forschungsfeld

10.2.1 Amt für Kinderschutz

Gemäss Kanton Wallis (s.d., online) ist das Amt für Kinderschutz der Dienststelle für Jugend (KDJ) unterteilt, welche sich für die Bereiche Jugendförderung, Prävention und Kinder- und Jugendschutz der Walliser Jugend einsetzt. An das KDJ sind verschiedene Institutionen und Bereiche unterteilt, darunter auch das Amt für Kinderschutz (AKS). Das Amt für Kinderschutz ist im Kanton Wallis an sechs Standorten⁴, welche in Ober-, Mittel- und Unterwallis unterteilt sind, vertreten. Wie der Kanton Wallis (s.d., online) erläutert, beginnt der Auftrag des AKS dann, wenn die Entwicklung des Kindes gefährdet ist. Ebenso wenn die Eltern die Betreuung des Kindes nicht gewährleisten können oder die elterliche Sorge verbunden mit dem Besuchsrecht neu geregelt werden müssen. Aufträge und Mandate des AKS werden von Gerichts-, Verwaltungsbehörden oder von Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden erteilt. Die Hauptaufgaben des AKS sind laut Kanton Wallis (s.d., online) Schutz bieten und das Eingreifen der Behörden im Falle von Misshandlungen zu koordinieren, Sozialabklärungen durchführen, Schutzmassnahmen nach Art. 307-310 ZGB zu treffen, Platzierungen in Einrichtungen organisieren und Betreuung von Kindern und Jugendlichen gewährleisten. Weitere Aufgaben sind Anhörungen durchzuführen, Präventionsmassnahmen entwickeln und Weitere. Um die Ausführung der Hauptaufgaben zu gewährleisten, arbeitet das AKS mit verschiedenen Fachstellen zusammen. Einige davon sind: die Sozialpädagogische Familienbegleitung, KITAS, Oberwalliser Schulen (Schulsozialarbeit, Lehrpersonen, Direktor*innen, Mediator*innen), Psychiatriezentrum Oberwallis, Zentrum für Entwicklung und Therapie, Sozialmedizinisches Zentrum Oberwallis, Sucht Wallis, Polizei, Jugendgerichte und Sozialpädagogische Institutionen (Mattini, Kinderdorf Leuk, Notre-Dame-de-Loudres, ausserkantonale Institutionen).

10.2.2 Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden

Aufträge, welche das AKS Oberwallis entgegennimmt, werden in den meisten Fällen von den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden im Oberwallis erteilt. Bei einer möglichen Kindeswohlgefährdung erteilt die KESB dem AKS ein Abklärungsmandat. Das AKS klärt dann durch persönliche Gespräche mit den Kindern, Eltern und dem Netzwerk die Sachlage ab und gibt durch einen Abklärungsbericht Empfehlungen an die KESB weiter. Die KESB wurden im Kanton Wallis seit dem neuen Recht am 01. Januar 2013 durch die sogenannten Vormundschaftsämter ersetzt, wie der Kanton Wallis (s.d., online) aufzeigt. Die KESB wird als eine Schutzbehörde bezeichnet, welche gemäss Kanton Wallis (s.d., online) durch folgende Merkmale definiert wird: «eine ordentliche erstinstanzliche, von der Verwaltung unabhängige, kollegiale, interdisziplinäre Behörde oder eine Fachbehörde, zwingend durch einen juristischen Schreiber mit beratender Stimme unterstützt, eine kommunale oder interkommunale Behörde, wobei die primäre Haftung beim Kanton liegt». Die 97 kommunalen oder interkommunalen früheren Vormundschaftsämter wurden seit dem 01. Januar 2013 auf heute 27 (inter-) kommunale Schutzbehörden

⁴ Brig, Visp, Sierre, Sion, Martigny, Monthey

reduziert, welche mit dem neuen Recht einhergehen. Laut der KESB-Zusammenlegung vom 01. Januar 2021 zählt der Kanton Wallis (s.d., online) im Oberwallis sieben KESB Stellen, welche nach Gebieten⁵ unterteilt sind. Der Grosse Rat (s.d., online) hat im Dezember 2020 zudem entschieden, in den nächsten zwei Jahren im Kanton Wallis die KESB auf insgesamt neun Behörden zu reduzieren und diese zu professionalisieren.

Die KESB hat den Auftrag im Kindes- und Erwachsenenschutz die wichtigen Entscheidungen zu treffen, Massnahmen anzuordnen und diese zu überwachen. Zu ihren Aufgaben gehören gemäss Kanton Wallis (s.d., online) umfassende Abklärungen bei Anträgen und Gefährdungsmeldungen betreffend Kinder und Erwachsene durchzuführen, Mandatsträger*innen ernennen und instruieren, Berichte und Rechnungen der Mandatsträger*innen kontrollieren und Weitere.

⁵ Goms, Östlich-Raron, Brig, Mättertal, Saastal + Stalden, Schulregion Visp, Leuk-Raron

10.3 Interviewanfrage per Mail

Die Interviewanfrage erfolgte per Mail an den Regionalstellenleiter des Amtes für Kindesschutzes im Oberwallis. Alle weiteren Kontakte wurden telefonisch hergestellt.

Von: Edona Nuha <edona.nuha@students.hevs.ch>

Gesendet: Dienstag, 24. November 2020 15:26

An: Michael KREUZER <Michael.KREUZER@admin.vs.ch>

Betreff: Interviews Bachelorarbeit

Lieber Michael Kreuzer

Nach telefonischer Besprechung mit Lehner Kathrin stelle ich Dir als Regionalstellenleiter des Amtes für Kindesschutz im Oberwallis diese schriftliche Anfrage.

Zurzeit studiere ich im fünften Semester des Studienganges Soziale Arbeit an der HES-SO Wallis in Siders und befasse mich aktuell mit meiner Bachelorarbeit. Der Bereich Kindesschutz sowie die interprofessionelle und interinstitutionelle Zusammenarbeit zwischen Fachpersonen der Sozialen Arbeit haben mich bereits während meiner gesamten Ausbildung interessiert. Daher habe ich mich entschlossen meine Bachelorarbeit in diesem Bereich zu verfassen und mein Forschungsgebiet auf das Amt für Kindesschutz im Oberwallis auszurichten.

Besonders die Perspektive des Berufsfeldes der BerufsbeiständInnen im Kindesschutz möchte ich in meiner Bachelorarbeit hervorheben. Dabei ist es mir wichtig drei Fachpersonen der Sozialen Arbeit, die in diesem Berufsfeld tätig sind oder Mandate übernehmen, über das Erleben der interprofessionellen und interinstitutionellen Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich zu befragen.

Die Interviews werden je nach ihren Zeitressourcen zwischen Mitte und Ende Januar 2021 stattfinden. Die Interviewfragen werde ich ihnen ebenfalls im Vorfeld zukommen lassen. Die gesamten Daten, welche ich aus den Interviews erhebe, werden ausschliesslich zu Zwecken der Bachelorarbeit verwendet und daher vertraulich behandelt.

Bei weiteren Fragen bin ich per Mail oder unter der Telefonnummer 079 933 06 55 erreichbar. Gerne erwarte ich eine schriftliche Rückmeldung bis spätestens 14. Dezember 2020 und freue mich auf eine künftige Zusammenarbeit.

Freundliche Grüsse

Edona Nuha

Studentin BAC 18

Hochschule für Soziale Arbeit

HES-SO Wallis

10.4 Interviewleitfaden

Einleitung

Ich bin Studentin an der Hochschule für Soziale Arbeit HES-SO in Siders. Die Durchführung der Interviews dienen der qualitativen Datenerhebung meiner Bachelorarbeit. Dazu beschäftige ich mich mit der Forschungsfrage nach den Möglichkeiten und Grenzen der interprofessionellen und interorganisationalen Zusammenarbeit im Kindesschutzbereich aus Sicht von drei Beistandspersonen des Amtes für Kindesschutz Oberwallis. Vorerst möchte ich mich bei Ihnen bedanken, dass Sie sich für die Durchführung des Interviews bereit erklärt haben. Das Interview ist freiwillig, kann jederzeit abgebrochen werden und Fragen müssen nicht beantwortet werden. Der Zeitrahmen des Interviews beträgt zwischen 30 Minuten und einer Stunde. Das Interview wird zur späteren Transkription aufgezeichnet. Die Aufnahme wird ausschliesslich für die eigene Forschung gebraucht und ist für Dritte unzulässig. Der Datenschutz ist gewährleistet und die Interviews werden anonymisiert. Nach Abschluss der Bachelorarbeit werden alle Aufnahmen vernichtet.

Einleitende Fragen

Erzählen Sie mir kurz etwas über Ihre Person sowie ihren beruflichen Hintergrund

Wie sind Sie auf dieses Berufsfeld der Sozialen Arbeit gestossen?

- Was war Ihre Motivation in diesem Berufsfeld tätig zu sein?

Wie ist das Amt für Kindesschutz im Oberwallis aufgebaut?

- Welche Abteilungen gibt es beim Amt für Kindesschutz?
 - Gibt es Abteilungen, die Abklärungen durchführen und Abteilungen, welche explizit Mandate in der Berufsbeistandschaft übernehmen?
 - Wie wird diese Aufgabenteilung begründet?

Kindesschutz

Wie entsteht ein Mandat für eine Berufsbeistandschaft?

- Was sind die vorgegangenen Schritte?

Welche Dienste sind dabei involviert?

- Mit welchen Fachpersonen und Institutionen arbeiten sie zu welchem Zeitpunkt und aus welchem Grund zusammen?
- Wie gehen Sie bei der Kontaktaufnahme mit anderen Fachpersonen und Institutionen vor?
- Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen diesen Fachpersonen und Institutionen? Erzählen Sie anhand von einem konkreten Beispiel.

Berufsbeistandschaft

Wie beschreiben und verstehen Sie Ihre Rolle als Beistandsperson im Kinderschutz?

- Was sind Ihre Aufgaben und welche sind Ihre Kooperationspartner?

Was sind die Vorgehensschritte bei der Errichtung einer Beistandschaft?

- Erzählen Sie anhand eines konkreten Beispiels vom Entscheid der KESB bis hin zum Abschluss des Mandates.

Wie häufig und wem müssen Sie zu welchem Thema Rechenschaft ablegen?

- Kommt es vor, dass Sie Anpassungsvorschläge für Ihr Mandat machen müssen?
- Werden Sie dabei von der KESB unterstützt? Geben Sie ein konkretes Beispiel dazu.

Professionelles Handeln

Was ist Ihnen in Ihrer Arbeit als Professionelle der Sozialen Arbeit wichtig?

- Welche sind Ihre Grundsätze?

Was unterscheidet eine professionelle Beistandschaft von einer privaten Beistandschaft und woran ist der Unterschied zu erkennen?

- Welchen Unterschied macht das Kriterium professionell / nicht professionell bei der Mandatserteilung aus?

Welche Fälle übernehmen Beistandspersonen und welche Kompetenzen werden diesen zugeschrieben?

Interprofessionelle und interorganisationale Zusammenarbeit

Im Bereich der beruflichen Eingliederung arbeiten die professionellen Partner im IIZ. Gibt es im Bereich des Kinderschutzes ein ähnliches Netzwerk der involvierten professionellen Partnerinstitutionen?

Inwiefern ist eine Zusammenarbeit im Kindeschutzbereich hilfreich oder nicht?

- Nennen Sie ein Beispiel wie ihrer Meinung nach, eine professionelle Zusammenarbeit sehr gut funktioniert.
- Was sind Gründe, dass sich die professionelle Zusammenarbeit schwierig gestaltet?

Wenn Sie in der Zusammenarbeit mit Fachpersonen sowie Institutionen etwas ändern könnten, wo würden Sie da ansetzen?

- Was müsste Ihrer Meinung nach unbedingt verbessert werden?

Abschliessende Frage

Gibt es von Ihrer Seite noch etwas was Sie zu diesem Thema sagen möchten?

Schluss

Vielen Dank dass Sie sich Zeit genommen haben, dieses Interview mit mir durchzuführen. Ich wünsche Ihnen alles Gute für die Zukunft.

10.5 Kodiertabelle

Code	Untercodes
Kindesschutz	Prozess / Verfahren
	Rollenverständnis Beistandsperson
Professionelles Handeln	Grundsätze professionelles Handeln
	Kompetenzen der Sozialen Arbeit
Interprofessionelle Zusammenarbeit	Netzwerk
	Rahmenbedingungen in der Zusammenarbeit
	Erfolgsfaktoren in der Zusammenarbeit mit dem Netzwerk
	Hindernisse in der Zusammenarbeit mit dem Netzwerk
	Verbesserungsmöglichkeiten der Zusammenarbeit